Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 244 Bydgoszcz/Bromberg, Dienstag, 25. Oktober 1938 **62. Jahrg.**

Wahlkampf auf geteilten Fronten.

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen".)

Warschau, den 24. Oktober.

Nachdem die Aufnahme der Kwiatkowski-Rede vom vorigen Sonntag durch die Opposition hatte erkennen lassen, in welcher schweren Krise sich das polnische Parteiensystem befindet, hat General Sławoj-Składkowski, der Ministerpräsident und Innenminister, am Sonntag ernstere Töne angeschlagen, die keine Täuschung über die Entschlossenheit der Regierung aufkommen lassen können. Er hat auf alle von ihm sonst so geliebten scherzhaften Wendungen verzichtet und dadurch den Ernst der innenpolitischen Lage deutlich unterstrichen. In noch schärferer Form als Minister Kwiatkowski hat General Składkowski die Teilnahme an den Sejmwahlen als selbstverständliche vaterländische Pflicht erklärt und als Hauptträger des Wahlboykotts und damit Hauptverfechter des Parteiinteresses die Nationaldemokraten hingestellt, die, wie er sagte, die gesamte Arbeit des Großen Marschalls boykottiert hätten und bis auf den heutigen Tag alles weiter boykottierten, was ihren Parteizwecken nicht entspreche. Die Bauern und Arbeiter warnte er, sich von den Führern der Volkspatei und der Sozialdemokratie auf den von den Endeken gezeigten Weg führen zu lassen. Damit hat der Ministerpräsident den Finger auf den schwächsten Punkt der vereinten Opposition gelegt: auf die Gemeinsamkeit in der Negation zwischen den weltanschaulich so entgegengesetzten und sich geradezu ausschließenden Lagern der äußersten Rechten und Linken. Er hat damit zweifellos einen Punkt getroffen, der für die große Masse der Wähler eine gewisse Rolle spielen wird.

Dieser Hinweis des Ministerpräsidenten auf die gemeinsame ablehnende Haltung der radikalen Parteien auf der Rechten und Linken hat jedoch, wie uns scheint, noch eine tiefere Bedeutung. Die Versammlungstätigkeit am Sonntag hat alle politischen Gruppen, wenn auch auf zwei verschiedenen Ebenen, an der Arbeit gezeigt: Das Ozon rief wie hier in Warschau, so im ganzen Lande seine Anhänger zu Kundgebungen auf, in denen die Sejmkandidaten sprachen, während die Oppositionsparteien, Nationale, Bauern und Sozialisten, jetzt schon Wahlversammlungen für die erst am 18. Dezember in den größeren Städten und in einigen Landkreisen stattfindenden Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern veranstalteten. Diese gleich heftige Wahlagitation auf zwei geteilten Fronten läßt klarer als alles andere die innenpolitische Situation und den voraussichtlichen Lauf der Dinge erkennen. Die Parteien alten Stils wollen die Wählerschaft für sich gewinnen, solange das Regierungslager noch mit der Vorbereitung der großen politischen Wahlen unter ganz anderen Parolen beschäftigt ist. Während auf den Wahlplakaten des Ozon die lebhaft kommentierte Losung prangt: „Bürger! Interessiert euch für die öffentlichen Angelegenheiten!", steht über dem am Sonntag begonnenen ersten Teil des Kommunal-Wahlkampfes, an dem das Regierungslager noch nicht beteiligt ist, die unausgesprochene Parole: „Interessiert euch nur für die Parteien!" Die Staatsführung ist sich darüber klar — und das ist zweifellos die entscheidende Voraussetzung zu den öffentlichen Erklärungen ihrer Vertreter, der Reden Kwiatkowskis sowohl wie General Składkowskis —, daß der Grad der Wahlbeteiligung am 6. November über die Aussichten des Regierungslagers bei den Selbstverwaltungswahlen entscheidet, die am 18. Dezember beginnen.

Die unzweifelhaften und von keiner Seite abzustreitenden großen politischen Erfolge der Regierung in den großen außenpolitischen Entscheidungen lassen es allmählich immer weiteren Kreisen als unmöglich und geradezu absurd erscheinen, dieses Regime abzulehnen. Bezeichnend dafür, wie weit die Erkenntnis von der Unmöglichkeit dieses Zustandes schon durchgedrungen ist, sind die Ausführungen des nationaldemokratischen Chefredakteurs des „Wieczór Warszawski" in der letzten Nummer der Wochenschrift „Kronika Polski i Swiata", wo er u. a. schreibt: „Sagen wir es uns doch mit brutaler Offenheit, daß es heute in den Augen vieler guter und anständiger Polen ein Verdienst und eine Ehre ist, der Opposition anzugehören, aber fast eine Schande, ein Regierungsanhänger zu sein. Es handelt sich garnicht darum, ob und wieweit solche Anschauungen begründet sind. Aber man denke sich bitte in die fürchterliche Tragik dieser Erscheinung hinein, wenn man sie auf dem Hintergrund der großen geschichtlichen Aufgaben sieht, vor die Polen heute gestellt ist. Die Aufgabe ist die: Polen als eine Einheit kultureller, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ideen muß durch die organisierte Anstrengung der Polen eine Anziehungskraft so hohen Grades entwickeln, daß niemand, drinnen oder draußen, sich eine negative Einschätzung unseres Staates im Vergleich zu unseren Nachbarn erlauben kann."

Man kann also damit rechnen, und die Rede des Ministerpräsidenten ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Staatsführung die innenpolitische Initiative, die sie mit der Ausschreibung der Neuwahlen in die Hand genommen hat, zu einem engeren Zusammenschluß des polnischen nationalen Lagers weiterführen wird. Die Form dieses Zusammenschlusses und die taktischen Methoden werden mit von dem Ergebnis der Wahlen — der Höhe der Wahlbeteiligung am 6. November und der Stimmverteilung in den wichtigsten Gemeinden am 18. Dezember — abhängen, insbesondere wahrscheinlich auch die Beurteilung des OZON in seiner jetzigen Gestalt. Daß die weitherzigen Angebote der Regierung an die bisher oppositionellen Gruppen nicht als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden dürfen, hat besonders die Nationaldemokratie erfahren müssen. In der Hauptgeschäftsstelle und in der Wohnung des Vorsitzenden der „Nationalen Partei" in Warschau ist in dieser Woche eine Haussuchung durchgeführt worden, bei der Material, das dem Wahlboykott dienen sollte, beschlagnahmt und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Durch dieses scharfe Vorgehen gegen die „Nationale Partei", das ja auch in der Rede Składkowskis seinen Ausdruck fand, bestätigt sich unsere sofort nach der Parlaments-Auflösung ausgesprochene Vermutung, daß es in der Generallinie der Regierung liegt, die nationalistischen Parolen der Rechten selbst zu übernehmen und dann auf der Basis einer ausgesprochen nationalpolitischen Politik zur Zusammenarbeit mit den bisherigen Anhängern der Linksparteien zu kommen. Diese nationale Parole wird gerade in diesem Augenblick höchster außenpolitischer Spannung ihre Wirkung nicht verfehlen und erlaubt es der Regierung, auf die von General Składkowski offen als Ziel ausgesprochene Isolierung der volksparteilichen und sozialistischen Führer hinzuarbeiten.

Für die Wahlen zum Senat, die ja bekanntlich nach einem recht komplizierten indirekten Verfahren stattfinden, war der Sonntag ein wichtiger Termin. Die insgesamt rund 300 000 Wahlberechtigten haben in kleinen Bezirken zu je 90—120 Wählern die wichtigen Vorwahlen durchgeführt, aus denen die Mitglieder der eigentlichen Wahlkörper, die „Delegierten" für die Wojewodschafts-Kollegien, hervorgehen. Diese Delegierten treten am Sonntag nach den Sejmwahlen, also am 13. November, in den Wojewodschafts-Hauptstädten zusammen und wählen nach einem in der Wahlordnung festgelegten Verteilungsschlüssel 64 von den 96 Mitgliedern des Senats. Die übrigen 32 Senatoren werden bekanntlich vom Staatspräsidenten ernannt. Die Wojewodschafts-Kollegien stellen die Liste der Kandidaten selbst durch einen 15köpfigen Hauptausschuß am Tage der Wahl zusammen.

Im allgemeinen haben sich bei den Sonntagswahlen die Kandidaten des OZON durchgesetzt, es sind aber auch eine ganze Reihe Fälle zu verzeichnen, in denen andere Delegierte gewählt wurden.

*

Die neuen tschechischen Vorschläge an Ungarn.

Budapest hält sie für unannehmbar.

Budapest, 24. Oktober. (PAT) In der Nacht zum Sonntag wurden dem Ministerpräsidenten **Imredy** die **neuen tschechischen Vorschläge** durch den Militärattaché der Ungarischen Botschaft in Prag überreicht. Unmittelbar darauf fand eine Sitzung des Ministerrats statt, worauf der Ministerpräsident und Außenminister **von Kanya** vom Prinzregenten **Horthy** empfangen wurden.

Die Ungarische Regierung hat den in der Nacht zum Sonntag in Budapest eingetroffenen sogenannten **vierten Lösungsplan der Prager Regierung** für **unannehmbar** erklärt, da er, wie an zuständiger Stelle verlautet, den ethnographischen Prinzipien im Sinne der Münchener Vier-Mächte-Einigung nicht Rechnung trage. Dieser Plan, so betont man in den gleichen Kreisen weiter, könne nur dann als Verhandlungsgrundlage von ungarischer Seite angesehen werden, wenn die Tschechoslowakische Regierung die Rückgabe auch der größeren von einer ungarischen Mehrheit bewohnten Städte an Ungarn nicht länger aus strategischen, verkehrspolitischen bzw. wirtschaftlichen Gründen verweigert. Es handelt sich dabei vor allem um die Städte **Preßburg, Neutra, Kaschau, Ungvar** (Uzhorod) und **Munkacs.**

Ministerpräsident Imredy, Außenminister von Kanya und Kultusminister Graf Teleki haben im Laufe des Sonntagnachmittags

die Antwortnote an Prag

ausgearbeitet und in den späten Abendstunden durch einen Sonderkurier abgeschickt.

Die Antwortnote wird der ungarische Gesandte von **Wettstein** am Montag vormittag dem tschechoslowakischen Außenminister überreichen.

Wie das ungarische Telegraphenbüro ausführt, stellen die neuen tschechoslowakischen Vorschläge zu den früheren insofern einen **Fortschritt** dar, als sie sich in mehreren Punkten den ethnographischen Grenzen annähern. Allerdings blieben von diesem Prinzip bedeutsame Städte mit ungarischer Bevölkerung ausgenommen. Die ungarischen Gegenvorschläge, die feststellen, daß die tschechischen Vorschläge in der vorliegenden Form unannehmbar seien, wären von neuem völlig auf ethnographischen Grundsätzen aufgebaut. Die ungarischen Gegenvorschläge setzten sich, so betont das ungarische Büro, im Interesse des europäischen Friedens für eine rasche diplomatische Lösung des Problems ein.

Die kommende Woche werde von entscheidender Bedeutung sein.

Empörung in Budapest.

Budapest, 24. Oktober. (PAT) Der ungarische Ministerrat ist nach Prüfung der tschechischen Vorschläge zu der Überzeugung gekommen, daß sie **keine Verhandlungsgrundlage** bilden. Die Nachricht von den neuen tschechischen Vorschlägen hatte sich in der Stadt bald verbreitet und eine allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Die Ungarische Regierung stellt, wie aus maßgebende Kreisen informiert wird, in ihren Gegenvorschlägen **sehr kurzfristige Termine,** die, sofern die Angelegenheit auf friedlichem Wege erledigt werden soll, eingehalten werden müssen. Es wird vielfach erwartet, daß schon **der heutige Tag die endgültige Entscheidung** bringen wird.

Wie man in Budapest betont, will Prag auch weiterhin die Grundsätze nicht anerkennen, die als Grundlage für die Entscheidungen der Vier-Mächte-Konferenz in München dienen sollten, und zwar die Grundsätze, die darauf abzielen, ein friedliches Zusammenleben der benachbarten Völker sicherzustellen. Die Annahme dieser Grundsätze erfordert gewisse **Opfer auch von ungarischer Seite,** da Ungarn auf die **Betonnung der historischen Gerechtigkeit** seiner Angelegenheit **verzichtet hat.**

„Was wird nun Prag tun?"

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen".)

Warschau, 24. Oktober.

Auf die ungarischen Gegenvorschläge, die eine kurzfristige Antwort verlangen, wird Prag nach Ansicht Warschauer politischer Kreise eine **klare Antwort** erteilen müssen. Seine Hoffnung darauf, daß die Ungarische Regierung sich wie nach dem Scheitern in Komorn noch einmal an die Mächte wenden werde, wird hier für sehr wenig begründet angesehen. Bei der großen Erregung in Ungarn und angesichts der Ereignisse in Karpato-Ruthenien scheint eine **Wiederholung der diplomatischen Prozedur kaum möglich. Es wird darauf hingewiesen, daß die ungarische Presse bereits eine bewaffnete Aktion ankündigt.**

Der „**Expreß Poranny**" schreibt, **die heute beginnende Woche werde für den Frieden in diesem Gebiet eine gleich große Bedeutung haben wie die historische Woche, die dem 1. Oktober voranging.**

Der Sonderberichterstatter der „**Gazeta Polska**" aus Budapest bezeichnet die tschechischen Gegenvorschläge vom Sonnabend im Vergleich zu denen, die am 13. Oktober in Komorn vorgeschlagen wurden, schon als großen Fortschritt. Prag habe aber weiterhin die Abtretung von Preßburg, Nitra, Kaschau, Uzhorod und Munkacs an die Ungarn verweigert. Die letzten von Ungarn abgelehnten Vorschläge beließen die Bahnverbindung Kauschau—Uzhorod bei der Tschechoslowakei, während der ganze Abschnitt bis Kranowo danach an Ungarn falle. Die direkte Bahnverbindung zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei sei durch die Gebietsabtretungen nach den letzten von Ungarn für ungenügend gehaltenen Vorschlägen auf eine Strecke von 130 Kilometern unterbrochen.

Wie der Sonderberichterstatter der „Gazeta Polska" aus gut unterrichteten Budapester Kreisen erfährt, **wäre Ungarn bereit, auf Preßburg und Nitra zu verzichten, aber niemals auf Kaschau und Munkacs.**

Die Delegierten für die Senatswahlen.

Warschau, 24. Oktober. (PAT) In den am Sonntag in ganz Polen stattgefundenen Bezirksversammlungen für die Senatswahlen wurden in den einzelnen Wojewodschaften die Delegierten zu den Wojewodschafts-Wahlkollegien für die Senatswahlen gewählt, und zwar in der Stadt Warschau 257 Delegierte, in den Wojewodschaften Warschau 200, Lodz 181, Kielce 249, Lublin 214, Bialystok 151, Wilna 105, Nowogródek 69, Polesien 70, Wolhynien 104, Tarnopol 113, Stanislau 109, Lemberg 279, Krakau 248, Schlesien 169, **Pommerellen** 246 und **Posen** 270.

Nach einer Aufstellung der „Gazeta Polska" sind von den 3034 gewählten Delegierten 3001 **Polen** (das sind 99 Prozent) 22 **Ukrainer** und 11 **Juden.** Nach ihrer innenpolitischen Einstellung sind 1812 Delegierte oder 60 Prozent eingeschriebene Mitglieder des Ozon, 1108 oder weitere 36 Prozent sonstige Anhänger der Regierung (aktive Offiziere und Beamte) von den restlichen 4 Prozent sind 45 Mitglieder der Nationalen Partei, 11 Mitglieder der Volkspartei, ein Sozialdemokrat aus der PPS, ein Angehöriger der revolutionären Fraktion, zwei von der Arbeitspartei, 20 Konservative und ein Mitglied des demokratischen Klubs.

General Składkowski hat gesprochen.

Am Sonntag nachmittag 15 Uhr hat Ministerpräsident General **Sławoj-Składkowski** in Turek (Wojewodschaft Posen), wo er im 20. Wahlbezirk zum Sejm kandidiert, die angekündigte Rede gehalten, die über alle Sender des polnischen Rundfunks übertragen wurde. Die Rede gipfelte in dem Satz, daß ein **Boykott der Wahlen** den **Boykott der Machtstellung Polens** bedeuten würde. Dieselbe Rede hielt der Ministerpräsident in Kalisch.

Die außenpolitischen Ziele der Tschechoslowakei.

London, 24. Oktober. (DNB.) Der tschechoslowakische Ministerpräsident General Syrovy gab dem Prager Vertreter der „Daily Mail“ in einer Unterredung einen Überblick über die künftigen außenpolitischen Ziele der neuen Tschechoslowakei.

„Unser Ziel auf außenpolitischem Gebiet ist es“, so sagte Syrovy, „zu einer völligen Übereinstimmung mit unseren Nachbarn zu kommen und zwar so schnell wie möglich. Eine der notwendigsten Aufgaben sei die Festsetzung der endgültigen Grenze, für die entsprechend dem Münchener Abkommen eine europäische Garantie gegeben werden würde. Diese Garantie, unterstützt von Deutschland, Italien, England und Frankreich, werde von um so größerer Bedeutung sein, je mehr die Beziehungen der Tchsechoslowakei mit den Nachbarstaaten sich verbesserten. „Wir haben“, so erklärte Syrovy weiter, „den Beweis unserer Aufrichtigkeit bei der Durchführung unserer Verpflichtungen geliefert. Die Zukunft unseres neuen Staates besteht nun in ständiger schwerer Arbeit. Die Regierung ist völlig in ihrer Entschlossenheit gewillt, alle ihre Verpflichtungen aufrecht und ehrlich zu erfüllen.“

Revision der tschechisch-russischen Beziehungen nicht aktuell.

Prag, 24. Oktober. (PAT) Am Sonntag waren hier Gerüchte über angebliche Vorstellungen des sowjetrussischen Gesandten beim Minister Chvalkovsky im Umlauf. Der sowjetrussische Gesandte soll einerseits die Aufmerksamkeit des tschechoslowakischen Außenministers auf die dem sowjetrussisch-tschechoslowakischen Vertrage zuwiderlaufende Entscheidung der Regierung über die Auflösung der Kommunisttischen Partei gelenkt, andererseits darauf hingewiesen haben, daß die Moskauer Regierung in Anbetracht dessen die Zweckmäßigkeit, den gegenseitigen Hilfspakt zwischen den beiden Staaten aufrecht zu erhalten, nicht einsehe.

Wie man aus gut informierten Kreisen erfährt, entsprechen die Gerüchte von einer sowjetrussischen Vorstellung nicht der Wahrheit. Der Besuch des sowjetrussischen Gesandten im Außenministerium, der in der Tat vor zwei Tagen erfolgte, habe nur einen Höflichkeitscharakter getragen. **Wie es scheint, ist eine formale Revision der tschechoslowakisch-sowjetrussischen Beziehungen augenblicklich nicht aktuell.**

*

Peinliche Grenzzwischenfälle.

In Prager Regierungskreisen zeigt man sich über die Grenzzwischenfälle, die sich am Donnerstag an der Demarkationslinie der dritten Zone ereignet haben, betroffen. Man gibt zu, daß undisziplinierte tschechische Organe allein die Schuld daran haben, gegen die deshalb auch in schärfster Weise vorgegangen wird. Der Reichsregierung gegenüber hat man unverzüglich das Bedauern über diese Vorkommnisse ausgesprochen. Für die von deutscher Seite getroffenen Sicherungsmaßnahmen zeigt man Verständnis.

Da es offensichtlich ist, daß es sich dabei auf tschechischer Seite um schwere Disziplinwidrigkeiten von vermutlich unter kommunistischem Einfluß stehenden Elementen gehandelt hat, ist nicht anzunehmen, daß dadurch die Befriedungsaktion zwischen den beiderseitigen Regierungen gestört wird. Die Prager Regierung scheint jedenfalls entschlossen zu sein, sich auch nicht durch Störungsversuche oppositioneller Elemente hindern zu lassen, ihre Anstrengungen fortzusetzen, die Beziehungen zum großdeutschen Nachbarn auf eine vollkommen neue und bessere Grundlage zu stellen.

Die Rückgabe der deutschen Kliniken in Prag verlangt.

Prag, 24. Oktober. (DNB) Der Akademische Senat der Deutschen Universitäten in Prag hat am 21. Oktober den einhelligen Beschluß gefaßt, an die Regierung das dringende Ersuchen zu stellen, die deutschen Kliniken sofort zurückzugeben, sowie die Inskriptionen und Prüfungen umgehend zu ermöglichen, weil weder ein Rechtsgrund noch ein faktischer Grund vorliege, die Aufnahme der vollen Tätigkeit der Universität in Prag hinauszuschieben. Dies liege auch im Interesse von hunderten notleidender Studenten.

Benesch reist nach Amerika.

Der ehemalige tschechoslowakische Staatspräsident Benesch ist in Begleitung seiner Frau und einiger Mitarbeiter im Flugzeug aus Prag in London eingetroffen. Er will einige Tage in England bleiben, bevor er nach den Vereinigten Staaten zum Antritt seiner dortigen Professur weiterreist. Seine Ankunft in London hat große Überraschung verursacht, da man angenommen hatte, daß sich Benesch schon längst in der Schweiz erholen würde.

Die Abreise Beneschs aus der Tschechoslowakei erfolgte Sonnabend früh in aller Heimlichkeit. Um 6 Uhr verließ der frühere Staatspräsident mit seiner Frau seine Villa in der Nähe der Stadt Tabor, 80 Kilometer südlich Prags, und begab sich im Auto nach dem Prager Flugplatz. Hier bestieg er um 9 Uhr ein tschechisches Flugzeug und reiste ab, ohne daß die Prager Bevölkerung etwas davon gemerkt hätte. Erst um 4 Uhr nachmittags erfolgte eine amtliche Mitteilung von dem Abflug. Es heißt darin, daß Dr. Benesch „ins Ausland gereist“ sei. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, soll Benesch nach seiner Ankunft in London für die Dauer seines dortigen Aufenthaltes eine Villa in der Gwendolien-Avenue im Südwesten der englischen Hauptstadt gemietet haben.

Kommunistische Partei auf tschechischem Gebiet verboten.

Prag, 21. Oktober. (DNB.) Mit dem 20. d. M. wurde die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei im Lande Böhmen und Mähren-Schlesien behördlich eingestellt. In Durchführung dieses Erlasses erfolgte auch die **Einstellung der kommunistischen Tages- und der periodischen Presse.**

*

Staatssekretariat für das Deutschtum in der Karpato-Ukraine.

Die autonome Regierung der Karpato-Ukraine hat beschlossen, einer Forderung der deutschen Volksgruppe der Karpato-Ukraine zu entsprechen und ihr ein für alle deutschen Belange zuständiges Staatssekretariat einzurichten mit der Befugnis voller Selbstverwaltung des Schul- und Kulturwesens und weitgehender Betreuung der **Deutschen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.**

Wünscht China Friedensverhandlungen?

Auch Hankau von den Chinesen aufgegeben.

Der Verlust von Kanton soll, wie die japanischen Zeitungen am Sonntag melden, Marschall Tschiangkaischek zu einer Reise nach Hongkong veranlaßt haben, deren Ziel angeblich eine wichtige Besprechung mit dem englischen Botschafter Sir Archibald Clark-Kerr über die Einleitung von Friedensverhandlungen sein soll. In der Begleitung Tschiangkaischeks, so berichten die japanischen Blätter in amtlich allerdings nicht bestätigten Privatmeldungen, befinden sich Frau Tschiangkaischek und der Vizepräsident der Kuomintang Wangtschingwei.

Es scheint jedenfalls festzustehen, daß Tschiangkaischek mit seiner Gattin Hankau verlassen hat.

Der Hongkonger Korrespondent von „Yomiuri Shimbun“ berichtet, daß der Fall von Kanton und der Übertritt des Oberbefehlshabers der Kwantung-Truppen, des Generals Yuhanmu, zu den Japanern die Regierung Tschiangkaischek in eine schwierige Lage gebracht habe. Sie stehe jetzt vor der Wahl, sich zu spalten oder dem Drängen der radikalen Mitglieder nachzugeben und sich dem Bolschewismus völlig in die Arme zu werfen. Einer der hervorragendsten südchinesischen Führer, der frühere Außenminister Eugen Tschen, sprach Tschiangkaischek jede militärische Fähigkeit ab und forderte einen Wechsel in der Führung Chinas.

Durch den Übertritt des Generals Yuhanmu haben die chinesischen Heerführer, die für einen Waffenstillstand eintreten, Verstärkung erhalten. Zu ihnen zählen die Militärs der Provinzen Fukien, Kwangsi, Yunan und Szetschuan. Zwischen General Yuhanmu, so berichtet der Korrespondent von „Yomiuri Shimbun“ weiter, und dem Marschall Tschiangkaischek haben schon lange Meinungsverschiedenheiten bestanden und in Südchina habe es unter der Führung dieses Generals eine direkte Anti-Tschiangkaischek-Bewegung geben.

Hankau militärisch nicht zu halten.

Auf Hankau unternahmen am Sonntag vormittag 54 japanische Bombenflugzeuge einen Luftangriff. Hankau, Wutschang und Hanyang wurden von 36 Bombenflugzeugen angegriffen, während 18 andere japanische Bomber die benachbarten Eisenbahnstationen der Hankau—Peiping-Bahn zerstörten. Sämtliche japanischen Flieger, die nur schwache chinesische Luftabwehr in Hankau feststellten, kehrten unbeschädigt an ihre Basis zurück. Die Piloten berichteten, daß sie als Folge ihrer Bombenabwürfe zahlreiche Brände in Hankau feststellten.

Der Kampf um Hankau ist in seine letzte und entscheidende Phase eingetreten. Übereinstimmend kommt in allen japanischen Berichten zum Ausdruck, daß das Schicksal der Kriegshauptstadt besiegelt ist. Ihr Fall wird in ganz kurzer Zeit erwartet, wobei daran erinnert sei, daß die japanischen Tankkolonnen die letzten 35 Kilometer ihres Vorstoßes gegen Kanton in knapp einem halben Tag bewältigten, und daß die japanischen Vorhuten schon bis auf 20 Kilometer an Hankau herangekommen sind.

Praktisch ist Hankau von den Chinesen schon aufgegeben. Die letzten Zivilisten haben die Zwei-Millionen-Stadt verlassen. Auch die meisten Militärbehörden haben ihren Sitz schon weiter ins Landesinnere verlegt.

In fast allen Meldungen, die jetzt vorliegen, ist von einer Auflösung der chinesischen Hankaufront die Rede, die sich in gewaltigem Bogen um die Kriegshauptstadt herumlegte und in der die chinesischen Armeen monatelang so zähen Widerstand leisteten.

Fieberhaft versuchen die Chinesen, die auf die Hauptstadt zurückflutenden Truppen zum Stehen zu bringen und eine neue, letzte Verteidigungslinie zu errichten. Diese Linie soll zwischen Shashi und Yochau, dann südwärts entlang der Hankau—Kanton-Bahn nach Tschangtscha verlaufen.

Japan steht seit Sonnabend abend im Zeichen der Siegesfeiern. Tausende und aber Tausende von Menschen strömten am heutigen Sonntag zu den Heiligtümern der Nation, dem Yasukuni-, dem Militär- und dem Meiji-Altar, um dort ihre Dankbarkeit für den Sieg auszudrücken.

Vor japanisch-englischen Besprechungen.

London, 24. Oktober. (DNB.) Der japanische Oberbefehlshaber General Hata erklärte einem Reuter-Vertreter, sobald die Lage etwas entspannt sei, könnten verschiedene Streitfragen zwischen England und Japan geregelt werden, nämlich die Rückgabe Hongkius und Jangtsepus an die Behörden der internationalen Niederlassung, Freigabe der Schiffahrt auf dem Jangtse, Zahlung der Anleihezinsen, Wiederherstellung der gesetzlichen Rechte bezüglich der mit englischem Kapital erbauten Bahnen, besonders der Schanghai—Nanking—Bahn und der Schanghai—Hangscho—Ningpo-Bahn.

Stalin ermordet?

In den polnischen Sonntagsblättern wird in sensationeller Aufmachung eine Meldung der römischen Presse wiedergegeben, wonach Stalin ermordet worden sein soll. Wir geben diese Meldung unter Vorbehalt wieder, da eine Bestätigung von anderer Seite nicht vorliegt und Stalin bekanntlich schon des öfteren von einer sensationslüsternen Weltpresse „ermordet“ wurde. Sollte es diesmal endlich wahr sein?

Der Mord an General Peeff ein kriminelles Verbrechen.

Sofia, 24. Oktober. (DNB) Eine amtliche Verlautbarung, welche die Sonntag-Morgenzeitungen veröffentlichten, befaßt sich mit den im Zusammenhang mit dem Mord an dem bulgarischen Generalstabschef Peef angestellten Ermittlungen. Der Bericht, der das abschließende Untersuchungsergebnis bringt, verbreitet die unmittelbar nach dem Attentat in der Öffentlichkeit laut gewordenen Gerüchte, wonach dem Mord politische Motive zugrunde lägen.

Der Mörder, so haben die eingehenden Untersuchungen ergeben, hat aus persönlichen Gründen die Tat verübt. Es handelt sich um ein kriminelles und haltloses Subjekt, das wegen grober Verstöße gegen die Disziplin seinen Dienst bei der Polizei quittieren mußte.

Ergebnis der Senatsnachwahlen in Frankreich.

Paris, 24. Oktober. (DNB) Am Sonntag fanden in ganz Frankreich Nachwahlen zum Senat statt. Nach einer vom Innenministerium ausgegebenen abschließenden Übersicht über das Wahlergebnis ergibt sich folgendes Bild: Rechtsrepublikaner 27 (+ 9), Linksrepublikaner 10 (—), Unabhängige Radikale 9 (— 1), Radikalsoziale 41 (— 6), Republikanische Sozialisten 4 (— 4), Sozialistisch-Republikanische Vereinigung 2 (+ 1), Sozialdemokraten 4 (+ 1). Die kommunistischen Kandidaten wurden überall geschlagen. Die Sozialdemokraten haben einen ihrer bisherigen Sitze verloren, dafür aber durch den Bürgermeister von Marseille, Tasso, und den ehemaligen Innenminister Dormoy zwei neue erobert, im ganzen also einen Sitz im Senat mehr als bisher.

Die Sozialistisch-Republikanische Vereinigung hat die beiden Sitze wiedergewonnen, die sie durch den Austritt zweier Senatoren aus ihrer Gruppe eingebüßt hatte. Diese beiden Senatoren, die sich seit der Absplitterung als Unabhängige Sozialdemokraten bezeichneten, wurden geschlagen. Da sich zwischen diesen beiden Gruppen Gewinn und Verlust ausgleicht, ist auf der Linken lediglich der eine von den Sozialdemokraten gewonnene Sitz als Plus zu verbuchen.

Diplomatenkonferenz in Kowno.

Aus Kowno wird gemeldet:

Im Zusammenhang mit der neuen politischen Situation in Europa hat die Litauische Regierung fast alle bei den europäischen Staaten akkreditierten diplomatischen Vertreter zu einer politischen Konferenz nach Kowno eingeladen. Die Konferenz hat am 20. Oktober begonnen. Neben dem Außenminister und dem Vizeminister nehmen teil die Departementsdirektoren des Außenministeriums und die Gesandten in Berlin, Paris, London, Rom, Prag, Warschau, Moskau, Reval und Riga. Es ist die erste politische Konferenz in Litauen, die in diesem Ausmaße stattfindet.

Die Ergebnisse der Konferenz werden ohne Zweifel für die außenpolitische Neuorientierung Litauens ausschlaggebend sein. Mit Interesse verfolgen die politischen Kreise in Kowno auch die Umorientierung der Tschechoslowakei, die man beachten müsse. Aber auch breitere Schichten des Volkes sehen in einer raschen Festlegung der künftigen politischen Linie Litauens, mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse in Mitteleuropa, eine Frage der Wohlfahrt des ganzen Landes.

Die junge Generation Litauens richtet sich dabei gegen eine politische Orientierung, die mehr oder weniger einen Verzicht auf die bisherige Wilnapolitik herbeiführen würde. Bei der Festlegung der neuen außenpolitischen Linie werden die litauischen Staatsmänner diese Faktoren berücksichtigen müssen.

Abfuhr für Churchill.

DNB meldet aus Washington:

Senator Reynolds von Nordkarolina, Mitglied des Militärausschusses des Senats und voraussichtliches Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des Senats im nächsten Kongreß, nahm mit bisher nicht in dieser Schärfe gebrauchten Worten gegen die vielfach als Einmischung in amerikanische Angelegenheiten empfundene Rundfunkansprache Churchills in Amerika Stellung. Churchill habe das amerikanische Volk zu einem Weltkrieg gegen Deutschland aufgefordert, um wieder einmal „die Demokratie zu retten“, erklärte Reynolds.

„Als ich das hörte, mußte ich an 1917 denken“. Auch heute sei diese Phrase nur wieder ein Vorwand, um andere für den an allen Ecken und Enden bedrohten britischen Imperialismus die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. In Wahrheit werde das britische Volk von 2000 Familien regiert. Churchill habe seinen Ruf gerade jetzt an Amerika gerichtet, weil die britischen Interessen in Hongkong und im übrigen China und die der Franzosen in Indo-China heute mehr als je bedroht seien. Großbritannien und Frankreich besäßen mehr Land in Asien, als alle anderen Nationen zusammengenommen, und diese beiden sogenannten Demokratien hätten auch mehr Kapital in Asien investiert als die ganze übrige Welt, ausgenommen Japan. Frankreich bezeichnete Reynolds als ein Wrack, das am Rande des Kommunismus stehe. Er schloß mit den Worten: „Ich kenne das amerikanische Volk; es ist hunderprozentig dagegen, daß die Vereinigten Staaten in internationale Situationen verwickelt werden, die uns in einen Krieg hineinziehen könnten.“

Beschlagnahme des Volksfreund-Kalenders 1939

Die „Freie Presse“ in Lodz schreibt:

Nachdem ein großer Teil der Auflage des in unserem Verlage herausgegebenen Volksfreund-Kalenders für das Jahr 1939 bereits verkauft worden ist, wurde die Restauflage beschlagnahmt, und zwar wegen Abdrucks eines eine reichliche Seite umfassenden Auszugs aus dem in Posen herausgegebenen (unbeschlagnahmten) wissenschaftlichen Werke von Dr. Kurt Lück „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur“. Es sind unsererseits Bemühungen im Gange, um — wie im vorigen Jahre — jene Kalenderbogen von der Beschlagnahme auszuschließen, deren Inhalt nicht beanstandet worden ist, wodurch der Kalender, mit entsprechender Änderung, bald wieder im Handel erscheinen könnte. Wir bitten unsere zahlreichen Freunde, sich bis dahin mit dem Einkauf eines Buchkalenders für 1939 zu gedulden.

Wettervoraussage:

Stark wolkig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet stark wolkiges bis bedecktes Wetter bei nur wenig veränderten Temperaturen an.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 24. Oktober 1938.

Krakau — 2,82 (— 2,85), Zawichost + 1,34 (+ 1,26), Warschau + 0,85 (+ 0,90), Plock + 0,50 (+ 0,54), Thorn + 0,50 (+ 0,56) Fordon + 0,50 (+ 0,54), Culm + 0,44 (+ 0,47), Graudenz + 0,64 (+ 0,67, Kurzebrack + 0,71 (+ 0,74), Piecke — 0,11 (— 0,09 Dirschau — 0,12 (— 0,08), Einlage + 2,48 (+ 2,78. Schiewenhorst + 2,68 (+ 2,98). (In Klammern die Meldung des Vortages.

Frankreich im Dämmerlicht.

Daladier hantiert mit heißen Eisen.

Seit Tagen spricht man in Paris von weitreichenden Veränderungen im Gefüge der französischen Innenpolitik. Wird Ministerpräsident Daladier die Kammer auflösen, wird er die Regierung umbilden? Diese Fragen bewegen und erregen die französische Öffentlichkeit in zunehmendem Maße. Erregung und Spannung in Paris sind begreiflich. Beide Verfahren, Kammerauflösung wie Regierungsumbildung, bedeuten einen revolutionären Akt im innerpolitischen Geschehen. Die Kammerauflösung als das heißere Eisen, mit dem der französische Ministerpräsident in den letzten Tagen hantierte, verstößt gegen den jahrzehntealten Grundsatz, die Grundweisheit der französischen Demokratie: die Kammer wird niemals aufgelöst. Die Kabinettsumbildung widerspricht den Volksfrontwahlen vor zwei Jahren und würde die praktische Liquidation der Volksfront vollenden. Ideologisch besteht der Bruch zwischen den französischen Kommunisten und Daladiers Radikalsozialisten ja schon seit dem kommunistischen Nein zur Unterschrift Daladiers in München.

Daß überhaupt solch revolutionäre Regierungsakte gegenwärtig in Paris erörtert werden können, ist für den gegenwärtigen Zustand der französischen Innenpolitik, die Geistesverfassung des französischen Volkes äußerst bezeichnend. Das Gerede von der Kammerauflösung, der Ruf nach Abschaffung der Volksfront, beide müssen als Ausdruck des psychologischen Schocks gewertet werden, den die französische Demokratie in den kritischen Septembertagen empfangen hat. Die Meinung wird vertreten, daß seit den Mobilmachungstagen von 1914 der Franzose niemals wieder in dem gleichen Maße aufgerüttelt und zur Selbstbesinnung gebracht worden ist, wie während der Reservisteneinberufungen vor dem 1. Oktober. Aber gleichviel, ob dies zutrifft oder nicht, die französische Demokratie hat seit den Münchener Besprechungen außen- und innenpolitisch die Balance verloren. Und das Ringen Daladiers mit den reaktionären und traditionsgebundenen Kräften des politischen Lebens, das noch nicht abgeschlossen ist, zeigt an, wie wenig sie bis heute das Gleichgewicht wiederfinden konnte.

Die Selbstbesinnung des französischen Volkes, die schon so viele Ministerpräsidenten vor Daladier gefordert haben und die der gegenwärtige Regierungschef sich auszunützen anschickt, bewegt sich auf zwei Ebenen. Außenpolitisch fällt sie zusammen mit der Einsicht vom Zusammensturz des 1918 errichteten Systems, auf dessen Fahne die Niederhaltung Deutschlands durch die Pariser Bündnispolitik stand. Innerpolitisch brachte sie die Aufrüttelung des französischen Bürgers aus den Banden demokratischer Bequemlichkeit und parlamentarischer, d. h. parteipolitischer Luxusexperimente mit sich. In beiden Fällen sind sich Regierung und Bevölkerung darin einig, daß mit den bisherigen Methoden Geltung und Wohlstand des französischen Staates nicht aufrecht erhalten werden kann. Sowohl die traditionelle gegen Deutschland gerichtete Außenpolitik, verstärkt durch die antifaschistischen Gedankengänge der Volksfront, bedarf einer echten Revision als auch die Herrschaft des Parteilebens über die Lebensinteressen der Nation.

Der Diplomatenschub, den das französische Außenministerium in diesen Tagen vornimmt, stellt eine erste Frucht der durch den psychologischen Schock der Septembertage reif gewordenen Erkenntnisse dar. Er kann als Einleitung des Versuches gelten, mit Deutschland und Italien auf der Münchener Grundlage zusammen zu arbeiten und die Liquidierung der spanischen Wirren, die Inkraftsetzung des englisch-italienischen Ostervertrages nicht weiter mehr zu hintertreiben. Kammerauflösung oder an ihrer Stelle Regierungsumbildung zeugen für den Willen, der Herrschaft der Volksfront ebenfalls endgültig so oder so zu entsagen. Niemand zweifelt in Frankreich daran, daß Neuwahlen dem französischen Marxismus jeglicher Färbung eine eindrucksvolle Niederlage einbrächten. Es besteht aber auch kein Zweifel über die Folgen einer Regierungsumbildung, die, gleichviel ob Sozialisten und Politiker der Mittelparteien in das Kabinett eintreten, die Volksfront durch ein nationales Konzentrationskabinett ersetzt.

Ein neues Kabinett Daladier, das mit wechselnden Kammermehrheiten regiert, das über die Leistungen und Wünsche der Volksfront, die 40 Stunden-Woche wie die Finanzschwierigkeiten mit durchgreifenden Maßnahmen zur Tagesordnung übergeht, bedeutet in jedem Fall den Anfang einer neuen innerpolitischen Epoche. Es zöge die Selbstausschaltung des Parlaments nach sich. Denn darüber geben sich selbst die vorsichtigen Betrachter der französischen Entwicklung keiner Täuschung mehr hin: Sollten das Parlament und die Parteien widerspenstig werden und Daladier Schwierigkeiten bereiten oder gar ihn zu stürzen beabsichtigen, so würde der Regierungschef im Gefühl seiner vaterländischen Verantwortlichkeit das heiße Eisen wirklich anpacken und eines der trübsten Kapitel der französischen Parlamentsgeschichte durch die Auflösung der Kammer beenden.

Noch sind die Würfel in Paris nicht gefallen. Es besteht sogar die Wahrscheinlichkeit dafür, daß trotz der inneren Erschütterungen, trotz des unbestreitsamen Willens zur Reform alle guten Absichten dennoch im Sande verlaufen. Daladier wird so lange wie möglich vor den äußersten Mitteln zurückschrecken. Die Parlamentarier alter Schule andererseits werden stets darauf bedacht sein, es niemals bis zum schlimmsten Bruch gelangen zu lassen und dennoch das Zünglein an der Waage abzugeben. Wird aber weiter „fortgewurschtelt“, so kann weder außen- noch innenpolitisch der geplante neue Kurs eingehalten werden. Frankreich lebt gegenwärtig im Dämmerlicht. Niemand weiß, wie die Krise seines demokratischen Systems verlaufen wird.

*

Frankreich zu finanzieller Hilfe für die Tschechoslowakei nicht bereit

London, 21. Oktober. (DNB) Die tschechischen Finanzsachverständigen, die seit einigen Tagen in London weilten, haben am Montag London wieder verlassen, nachdem, wie „Reuter“ meldet, der britische Vorschuß von 10 Millionen Pfund und seine Verwendung zufriedenstellend besprochen worden sind. Weitere Verhandlungen sollen zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen werden, da über die weiteren finanziellen Wünsche der Tschechoslowakei, die von der Sachverständigen-Delegation in einer Denkschrift an die Französische und die Britische Regierung niedergelegt worden waren, noch keine Einigung erzielt sei. Die Französische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß ihr eigener Finanzbedarf eine finanzielle Hilfe für die Tschechoslowakei ausschließe. Die Britische Regierung habe darauf erklärt, daß sie nicht bereit sei, die Last allein zu tragen.

Siegesfeiern in Japan.

Aus Tokio wird gemeldet:

Aus Anlaß der Einnahme Kantons haben am Sonntag in Tokio Siegesfeiern begonnen, die eine Woche lang dauern werden. Umzüge mit Fahnen und Musik bei Tage und Laternenprozessionen bei Nacht werden einander ablösen. Die japanische Rundfunkgesellschaft hat ein Sonderfestprogramm aufgestellt.

Allen Anzeichen nach ist auch der Fall der chinesischen Kriegshauptstadt bald zu erwarten. Die noch in Hankau verbliebenen Bewohner betrachten das Schicksal der Stadt als besiegelt, nachdem man bereits fern rollenden Kanonendonner von der Front her vernimmt. Heute morgen erschienen 27 japanische Flugzeuge über Hankau. Das Geschwader führte schwere Bombenangriffe auf die Bahnanlagen und andere militärisch wichtige Anlagen durch und nahm später sämtliche Rückzugsstraßen im Umkreise von Hankau unter Feuer.

Die Gründe für die Einnahme Kantons.

(Ostasiendienst des DNB) Der schnelle Fall Kantons ist für die ganze Welt des Fernen Ostens völlig überraschend gekommen. Es war bekannt, daß sich große Massen der Provinzialtruppen sowie der Miliz der Kwangtung-Armee in Kanton gesammelt hatten, umso unverständlicher ist es, daß sie nicht zum Einsatz kamen und so gut wie gar keinen Widerstand leisteten.

Es sind daher zahlreiche Vermutungen über die Gründe der fast kampflosen Aufgabe Kantons im Umlauf. Eine Version besagt, daß sich die Engländer bei den Behörden für eine Verlegung des Widerstandes außerhalb von Kanton eingesetzt haben, wogegen sie von den Japanern die Zusage zur weitestgehenden Schonung des Landes, der Gebäude und des ausländischen Besitzes erhielten.

Die Zeitung „Chiang Wuekly Review“ wirft dagegen den amtlichen Stellen Kantons eine Überschätzung des englischen Einflusses in Tokio vor, sie hätten sich darauf verlassen, daß es möglich sei, die Landung der Japaner in Südchina durch diplomatische Mittel zu verhindern. Man habe diese Meinung in Kanton auch dann noch gehabt, als genug Anzeichen für die bevorstehende Landung japanischer Truppen vorhanden waren.

Wie aus Hongkong gemeldet wird, hat sich Tschiangkaischek von Hankau nach Tschangtschau begeben. Man nimmt an, daß er weiter südwärts reisen wird, um die Lage in Südchina wiederherzustellen.

Japanische Stellungnahme zum Fall von Kanton

Eine halbamtliche japanische Stellungnahme zu der Einnahme von Kanton bemerkt, „daß die Einnahme von Kanton einen Fingerzeig für jene ausländischen Mächte bedeute, die bisher die Aufrechterhaltung des Status quo in der Welt vertreten hätten“. Diese Mächte seien nicht imstande, die wahre Lage im Fernen Osten zu erkennen. „Kanton“, so heißt es in der Erklärung, „ist der Außenposten dieser schlecht informierten Mächte gewesen, die ebenso wie die Regierung Tschiangkaischek nicht über die wahren Absichten Japans unterrichtet waren“.

Es sei verständlich, daß Tschiangkaischek nunmehr versuchen werde, auf dem Wege über Indochina Munition und Waffen zu erhalten. In politischen Kreisen Japans ist man jedoch der Meinung, daß das Widerstand leistende China von dieser Seite her wenig zu erwarten habe. Militärische Beobachter nehmen an, daß auch dieser Versorgungsweg demnächst durch neue Aktionen von Armee und Marine gesperrt werden wird.

Der Sprecher des japanischen Außenamtes teilte mit, daß der Leiter des zentral-chinesischen Waffen- und Munitionseinkaufamtes in Hongkong, Twsoong, ein Bruder des bekannten früheren chinesischen Finanzministers, die britische Kolonie verlassen habe, um diese Einkaufsorganisation nach Singapore zu verlegen.

Politische Kreise halten die Mitteilung des Sprechers insofern als besonders wichtig, als England trotz des völligen Abschneidens Hongkongs von Südchina auch weiterhin als wichtigster Versorger des Tschiangkaischek-Regimes mit Kriegsmaterial angesehen werden müsse. Der Sprecher hielt es auch ferner für möglich, daß die bisher in Hongkong angehäuften Waffen- und Munitionsvorräte nunmehr ihren Weg zur chinesischen Armee über Haiphong, einen Hafen im Norden von Indochina, finden könnten.

Immer noch Militäraktionen in Jerusalem

Jerusalem, 22. Oktober. (DNB) Die militärischen Maßnahmen in der Altstadt Jerusalems wurden noch nicht abgeschlossen. Immer neue Verhaftete wurden abtransportiert. Das Besetzungsnetz weist an einzelnen Stellen noch Lücken auf. So verteidigen sich im Bezirk der Omar-Moschee noch eine Anzahl von Freiheitskämpfern. Die Zahl der durch das Militär getöteten Araber ist auf 19 gestiegen, die Zahl der Verwundeten beträgt 25.

Die Engländer befürchteten, daß die Araber durch die **unterirdischen Gänge, die sich unter Jerusalem hinziehen, zu neuen Angriffen vorstoßen könnten.** Diese Gänge sind den Engländern zum Teil unbekannt und es wurde festgestellt, daß die Mehrzahl der geflüchteten Freiheitskämpfer durch diese unterirdischen Zugänge entkommen sind. Die englischen Truppen drangen am Donnerstag vom Dorfe Siluan bei Jerusalem aus durch einen dieser Geheimgänge vor und gelangten endlich an seiner Mündung im Gebiet des Marktplatzes in der Altstadt Jerusalems ans Tageslicht.

Nachdem nunmehr alle Gewalt auf das Militär übergegangen ist, wird das Ausgehverbot mit aller Strenge durchgeführt. Passierscheine, die bisher noch häufiger ausgegeben wurden, werden kaum noch ausgestellt. Der Oberstkommandierende bestätigte am Donnerstag zwei Todesurteile, die das Militärgericht gegen Araber gefällt hatte.

Bei dem Dorfe Hattin, nordwestlich von Tiberia, kam es am Donnerstag zwischen einer Militärpatrouille und Freiheitskämpfern zu einem Feuergefecht, bei dem fünf Araber getötet wurden.

Araberabordnung bei Staatssekretär Hull.

DNB meldet aus Washington:

Die starke projüdische Stimmungsmache im Zusammenhang mit den Ereignissen in Palästina und die offizielle Stellungnahme hierzu hat die in Amerika lebenden Araber — etwa eine Viertel Million werden dort gezählt — zu einem **Protestschritt bei der Regierung der Vereinigten Staaten** veranlaßt. Am Freitag erschien eine Abordnung der in Amerika ansässigen Araber beim Staatssekretär des Äußeren Hull, um diesen zu ersuchen, die Amerikanische Regierung aus dem Palästinastreit herauszuhalten.

Man erklärte u. a. hierbei Staatssekretär Hull, daß die Lage der Juden in Mitteleuropa keinen Grund dafür abgebe, diese Judenmassen nun ausgerechnet auf das kleine Palästina abzuwälzen. In Palästina kämen heute bereits 140 Menschen auf die Quadratmeile, in den Vereinigten Staaten hingegen nur 45. Die Araber wollten die in Palästina lebenden Juden in Ruhe lassen, aber sie verlangten eine Sperre für jegliche weitere jüdische Einwanderung.

Der Staatssekretär verwies in seiner Antwort auf die Geschichte der amerikanischen Politik in der Judenfrage, nach der seit dem Ende des Weltkrieges die zionistische Idee, d. h. die **Schaffung einer nationaljüdischen Einheit in Palästina** gefordert worden sei. Allerdings habe Amerika nicht die Absicht, die Rechte und Interessen anderer Rassen in Palästina zu schädigen. Man hege keinerlei Animosität gegen irgend eine Gruppe.

Die Antwort Hulls, die der ganzen Frage auszuweichen sucht, gerät vielleicht so ins rechte Licht — wenn man sie wie so vieles andere in Amerika — im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen betrachtet.

Die Unsicherheit dauert an.

Im Verfolg der militärischen Maßnahmen in Jerusalem ernannte der britische Oberkommandierende militärische Bezirkskommandeure für die vier Bezirke Samaria, Haifa und Galiläa, den Südbezirk und den Bezirk Jordantal.

In der Jerusalemer Altstadt wurden die Haussuchungen auch am Freitag fortgesetzt. Im Verlaufe der Nacht waren mehrfach Schießereien zu hören. Unter den bisherigen Opfern der Engländer in der Altstadt befinden sich vier Frauen.

Mehrere ausländische Zeitungen, darunter zwei libanesische, sind auf die Dauer von drei bis sechs Monaten für Palästina verboten worden.

Auf der Eisenbahnstrecke Haifa und Tulkarem ist eine Draisine, auf der sich eine englische Militärpatrouille befand, durch eine Mine in die Luft gesprengt worden. Unweit Jaffa wurde ein Benzintankwagen von Bewaffneten aufgehalten. Der Fahrer wurde gezwungen, den Wagen zu verlassen. Der Wagen wurde dann mit dem Inhalt entführt. In letzter Zeit sind zahlreiche Tankwagen oder andere Benzintransporte spurlos verschwunden, und man nimmt an, daß sie auf ähnliche Weise entführt wurden. Die großen Ölgesellschaften haben daher für ihre Transporte Polizeibegleitung verlangt.

Irlands offene Wunde.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

Der Führer Irlands, Premierminister de Valera, hat die alte Forderung seines Landes auf Wiedervereinigung seiner beiden Teile, Süd- und Nordirlands, in einem dem „Evening Standard“ gegebenen Interview aufs Neue und mit verdoppelter Schärfe erhoben. Bei Gelegenheit der letzten Verhandlungen mit der Londoner Regierung ist diese Forderung zwar erhoben, aber im Interesse praktischer Erfolge zurückgestellt worden. Heute verlangt de Valera das Gleiche, aber in abgeänderter Form. Was will er? 1. Errichtung eines all-irischen Parlamentes mit dem Sitz in Dublin, 2. Übertragung der auf Nordirland bezüglichen Rechte der Britischen Regierung bzw. des britischen Parlamentes auf das Parlament von Dublin, 3. Beibehaltung der nordirischen Lokalautonomie zur Sicherung der dort lebenden englischen Loyalisten, deren Zahl de Valera auf etwa 100 000 beziffert. Überdies wird zur Verbesserung der Sicherheit das Verhältniswahlrecht vorgeschlagen. Das heute in Nordirland geltende Wahlrecht ist das englische. Es macht jede relative Minderheit mundtot.

Bewillige England nicht diese Forderungen, oder genau genommen setze es sich nicht für ihre Bewilligung ein, dann müsse, sagt de Valera, die Reichstreue der Iren im Kriegsfalle als fragwürdig angesehen werden. Ihre Gefühle würden sich dann durchaus nicht von jenen unterscheiden, die Irland im Jahre 1914 beseelt hätten. Andererseits ist er bereit, auf seine bisherige Forderung einer Volksabstimmung in den sechs nordirischen Grafschaften zu verzichten. Im übrigen lehnt de Valera jede Analogie seiner Forderungen mit der Sudetendeutschen Frage ab. Immerhin: er will seine 420 000 Ulsteriren (Nordirland und Ulster sind dasselbe) zurückhaben. Die heutige Teilung des Insellandes sei eine offene Wunde, welche die englisch-irische Feindschaft verewige. England aber sei moralisch für die Teilung Irlands verantwortlich.

Für die englische Öffentlichkeit kommen diese Forderungen und die Schärfe, in der sie vorgetragen werden, völlig überraschend. Die erste Reaktion dagegen ist denn auch ablehnend. Nichtsdestoweniger verdienen sie Aufmerksamkeit. Zunächst fällt es auf, daß sie in einem Augenblick gestellt werden, wo eine neue Krisis in den englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen aufgetreten ist. Das deutet auf den Hintergrund der ganzen Sache. Das irische Problem ist durchaus keine örtliche Angelegenheit, sondern ein Bestandteil der englisch amerikanischen Beziehungen. Die Britische Regierung hat noch zur Zeit der Einleitung der Verhandlungen mit Washington, den bekannten Vertrag mit de Valera abgeschlossen, der in Washington gut Wetter machen sollte.

Zum anderen ist die de Valerasche Forderung ein Ergebnis der glücklich überwundenen europäischen Krisis, die ja in England noch im Innern nachzittert. Der irische Führer hat sich stets durch seinen Instinkt für politische Aktualitäten ausgezeichnet. Auch diesmal will er die Erschütterung des englischen Volkes ausbeuten, um sich wirksam zu Gehör zu bringen. Was die Londoner Regierung tun wird, ist augenblicklich noch eine offene Frage. Keine Frage ist es aber, daß der Hinweis auf schwankende Reichstreue Irlands bei Erhaltung der Teilung in London Eindruck machen muß. Umgekehrt könnte ihre Beseitigung die unbedingte Treue Irlands sichern. Das sind Dinge größter Tragweite, besonders wenn man an die Millionen und Millionen von Iren denkt, die innerhalb des Britischen Reiches und vor allem in den USA leben. Premierminister Chamberlain hat also eine schwierige Aufgabe zu lösen. Zunächst scheint nur eine Frage des Selbstbestimmungsrechtes zur Entscheidung zu stehen: sehen wir genauer hin, dann handelt es sich hier um eine Grundfrage des Britischen Imperiums, das zweifellos kein Produkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist.

Hauptgewinne der 43. Polnischen Monopol-Lotterie

1. Klasse (ohne Gewähr).

3. Tag. Vormittagsziehung.

20000 zł. Nr.: 9538
10000 zł. Nr.: 124090.
5000 zł. Nr.: 19421 78733.
2000 zł. Nr.: 19949 32427 84879 110874
1000 zł. Nr.: 19308 35909 60742 105587 152303.
500 zł. Nr.: 2442 56602 68014 85620 87014 101123 113348 143163 150842.
250 zł. Nr.: 13205 19157 40314 41767 45885 56867 57585 625 7 63886 67298 69341 79101 83267 84331 92244 100822 106782 112451 123492 132237 133708 146986 155722.

3. Tag Nachmittagsziehung.

20000 zł. Nr.: 46629.
10000 zł. Nr.: 7568 19235 124826.
5000 zł. Nr.: 9590 155111.
2000 zł. Nr.: 129308.
1000 zł. Nr.: 37116 93507 103745.
500 zł. Nr.: 15308 16220 33281 40903 68888 73115 73640 83859 122182.
250 zł. Nr.: 5607 5965 9407 21112 24640 26907 30265 33219 37340 40675 43499 69503 70?59 71389 86478 90429 98099 98239 100350 114995 119198 123600 127 05 128017 128443 135188 135533 138443 149944 152443.

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind, kann man in der Kollektur

„Uśmiech Fortuny", Bydgoszcz

ulica Pomorska 1, oder Toruń, ulica Żeglarska 31, feststellen.

Polnische Gesetze und Verordnungen in deutscher Uebersetzung.

In letzter Zeit sind für die Allgemeinheit besonders wichtige Gesetze und Verordnungen im Gesetzblatt der Republik Polen erschienen. Es handelt sich dabei um Bestimmungen über die Anpassung des öffentlichen und privaten Bauwesens an die Flieger- und Gasabwehr, Einfriedigung von Besitzungen und Parzellen, Umsatzsteuer dingliche Rechte an Kraftfahrzeugen, Butterausfuhr Molkereibetriebe, Stabilisierung der Getreidepreise, Mehlgbaabe, Wahlordnung für die Stadtverordneten und Wahlordnung für die Dorf.-Gemeinde- und Kreisräte. 6957

Die vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen können vom Verlage der Firma „Lex", Poznań, Wały Leszczyńskiego 3 in Einzelheften zum Preise von 3,50 zł bezogen werden.

Ausschneiden! Aufbewahren! — Ausschneiden Aufbewahren

Autobus-Fahrplan

Gültig vom 15. Oktober 1938 7042

Strecke							
Bydgoszcz — Toruń	7.00 Cz	9.30 S	13.00 S	15.00 Cz P	18.00 Cz		
Toruń — Bydgoszcz	7.00 S	9.30 Cz	13.00 S	15.00 Cz P	18.00 Cz		
Bydgoszcz — Solec Kuj.	9.30	13.00	17.00 P				
Solec Kuj. — Bydgoszcz	7.50	13.50	18.00 P				
Bydgoszcz — Chełmno	7.30 P	13.00	18.30				
Chełmno — Bydgoszcz	6.00	12.00 P	16.00				
Bydgoszcz — Chełmża	19.15						
Chełmża — Bydgoszcz	7.30						
Bydgoszcz — Fordon	7.00	7.30 P	8.00 P	10.30	12.00	13.00	14.00
	15.00 P	16.00	18.00	18.30	19.15	23.15 N.	
Fordon — Bydgoszcz	7.20	8.50	9.30 P	10.35	11.00	13.00	13.20 P
	15.00	16.05 P	17.00	17.20	19.05	23.45 N.	

Obige Linien bedienen bequeme, neue Autobusse, Luxuswagen mit Radio-Installation für Ausflüge und Extrafahrten.

Polska Komunikacja Autobusowa
właśc. **Stefan Niewitecki**
Bydgoszcz, ul. Grudziądzka 5.
Telefon 28-10.

Cz = Verkehrt über Czarnowo — Toruń.
S = „ „ Solec Kuj. — Toruń.
P = „ „ nur an Alltagen.
N = „ „ Sonn- und Feiertagen.

Staats-Theater Danzig.

Wochenspielplan vom 24. Oktober bis 1. November 1938.

Montag, den 24. Oktober, 19.30—22 Uhr:
Wilhelm Shakespeare: **König Lear,** Trauerspiel in 5 Akten.

Dienstag, den 25. Oktober, 19.30—22.15 Uhr:
Giuseppe Verdi: **Ein Maskenball,** Oper in 3 Akten.

Mittwoch, den 26. Oktober, 19.30—22.30 Uhr:
Vorstellung für KdF.
Franz Lehár: **Paganini.** Operette in 3 Akten.

Donnerstag, den 27. Oktober, 19.30—22.15 Uhr:
Giuseppe Verdi: **Ein Maskenball,** Oper in 3 Akten.

Freitag, den 28. Oktober, 19.30—22.00 Uhr:
William Shakespeare: **König Lear,** Trauerspiel in 5 Akten.

Sonnabend, den 29. Oktober, 19.30—22.30 Uhr:
Franz Lehár: **Paganini,** Operette in 3 Akten.

Sonntag, den 30. Oktober, 15.00—18.00 Uhr:
Vorstellung für KdF.
Franz Lehár **Paganini.**
19.30—21.45 Uhr
Karl Bunje: **Familienanschluß.** Eine vergnügte Komödie in 3 Akten.

Montag, den 31. Oktober, 19.30—22.30 Uhr:
Albert Lortzing: **Der Waffenschmied. Zum ersten Male.** Komische Oper in 4 Bildern.

Dienstag, den 1. November, 19.30—22.30 Uhr:
Franz Lehár: **Paganini,** Operette in 3 Akten.

Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg (Bydgoszcz)

24. Oktober.

Theologische Prüfungen.

Vor der Prüfungskommission des Evangelischen Konsistoriums in Posen legten in der letzten Woche 14 Kandidaten das erste Examen und 3 Kandidaten die zweite theologische Prüfung ab. Die erste Prüfung bestanden die Kandidaten: Bruno Boelter aus Bromberg, Benjamin Hein aus Pierzyska, Helmut Krause aus Czempin, Max Lange aus Komorsk, Hermann Mund aus Vandsburg, Max Miecke aus Rawitsch, Günther Ortlieb aus Radgoszcz, Gerhard Radke aus Gniew, Otto Schlotte aus Jastrzębskie stare, Gustav Vetter aus Gronowo, Herbert Wojahn aus Nowe, Gerhard Wolf aus Inowrocław, Willi Zastrau aus Świękatowo und Karl Ziegert aus Parszowice.

Die zweite Prüfung wurde abgelegt von: Wilhelm Rutter aus Szpital, Günther Schammert aus Posen und Egon Schmidt aus Czarnowo.

Die drei Kandidaten, die damit ihre theologische Ausbildung abgeschlossen haben, sind am Sonntag, dem 23. Oktober in der Kreuzkirche durch Generalsuperintendent D. Blau ordiniert worden. pz

§ **Achtung, Arbeitgeber!** Die Expositur des Wojewodschaftsbüros des Arbeitsfonds in Bromberg stellt hierdurch fest, daß in letzter Zeit die Wahrnehmung gemacht wurde, daß einzelne Betriebe und Arbeitgeber sich nicht an die Bestimmungen über die Anmeldung freier Arbeitsstellen halten. In vielen Fällen beschränken sich die Arbeitgeber lediglich auf die Mitteilung über die Beschäftigung des Arbeiters bzw. über den namentlichen Bedarf. Diese Art von Vorgehen steht im Widerspruch mit den bestehenden diesbezüglichen Bestimmungen. Die Mitteilung an das Büro über die Einstellung eines neuen Arbeiters bezieht sich ausschließlich auf die Einstellung von qualifizierten Arbeitern, über die schon vorher eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitsvermittlungsbüro stattgefunden hat, falls dieses Büro in seiner Evidenz keinen entsprechenden Kandidaten führt. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dem Arbeitgeber das Recht der Wahl der Kandidaten zusteht und das Büro die Pflicht hat, den Wünschen und den Terminen des von dem Arbeitgeber angemeldeten Bedarfs nachzukommen, jedoch im Rahmen der gemeldeten freien Stellen und der durch das Büro empfohlenen Kandidaten. Die Expositur des Wojewodschaftsbüros des Arbeitsfonds in Bromberg führt in seinen Listen Vertreter sämtlicher Berufe und Kategorien und auf ausdrückliches Verlangen des Arbeitgebers ist es verpflichtet, sämtliche Angaben mitzuteilen, die den Arbeitsuchenden betreffen und die von Bedeutung sind bei der Beurteilung, ob der Kandidat sich für die freie Arbeitsstelle eignet oder nicht. Da in letzter Zeit die Umgehung der Anmeldepflicht von freien Arbeitsstellen durch die Arbeitsbetriebe größere Ausmaße angenommen hat und diese Art des Vorgehens bei den Arbeitsuchenden Unzufriedenheit und Empörung auslöse, wendet sich die Expositur des Wojewodschaftsbüros des Arbeitsfonds in Bromberg an die Betriebsleiter und Arbeitgeber mit der Weisung um strikte Einhaltung der Bestimmungen, wobei bemerkt wird, daß gegen diejenigen Betriebe, die wissentlich diese Bestimmungen übertreten, in Zukunft Strafmaßnahmen angewendet werden. Es können Geldstrafen bis zu 1000 Złoty und Freiheitsstrafen verhängt werden. Das Arbeitsvermittlungsbüro befindet sich in der Grodzka (Burgstraße) Nr. 25, Telephon-Nummer 3606, und ist für Interessenten in der Zeit von 8—12 Uhr geöffnet. Auch telephonisch können freie Arbeitsstellen in der Zeit von 8—15 Uhr angemeldet werden.

§ **Gegen die Verunzierung des Straßenbildes.** In Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen weist die Burgstarostei darauf hin, daß das Ankleben von Plakaten, Reklamen, Anzeigen usw. nur nach vorheriger Genehmigung der Starostei gestattet ist. Gleichzeitig wird betont, daß Plakate und Reklamen an Zäunen und Häusern nicht angeklebt werden dürfen. Personen, die dieser Anordnung zuwiderhandeln, werden bestraft.

§ **Bestätigte Änderung von Straßennamen.** Das Wojewodschaftsamt hat die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bestätigt, wonach einige Straßen neue Namen erhalten bzw. eine Änderung ihrer Namen erfahren haben. So wird der frühere Schwarze Weg in Bleichfelde, die jetzige ul. Ciemna, von jetzt ab den Namen ul. Sułkowskiego tragen. Die bisherige Sułkowskiego erhält als Verlängerung der Mościcki-Allee die Bezeichnung „Aleja Mościckiego". Ferner ist der letzte Teil der ul. Chmurna mit dem Namen Siedlecka als Verlängerung dieser Straße versehen worden. Und die parallel zur ul. Barska laufende Straße in Jagdschütz erhält die Bezeichnung ulica Konfederacka.

§ **Ein Motorrad gestohlen wurde durch Einbrecher** in der Nacht zum Sonnabend dem Alexander Radtke, Sobieskiego (Livoniusstraße) 11. — Durch ein Fenster gelangten Einbrecher in die Wohnung des Bäckermeisters Jan Kreja Żółkiewskiego) 11, und stahlen 30 Złoty und aus dem Laden für etwa 40 Złoty Backwaren.

§ **Kind in kochendes Wasser gestürzt.** Am Sonnabend gegen 19 Uhr ereignete sich ein schwerer Unfall in der Wohnung des Arbeiters Klawitter, Karpacka (Giesefshöhe) 29. Auf dem Fußboden der Küche war ein großer Topf mit kochendem Wasser hingestellt worden, in den das zweijährige Söhnchen des Wohnungsinhabers stürzte. Mit schweren Verletzungen wurde das Kind mit dem Rettungswagen in das St. Florianstift eingeliefert.

§ **Ein ungewöhnlicher Unfall** ereignete sich am Sonnabend nachmittag auf der Sienkiewicza (Mittelstraße). Als der 17jährige Fleischerlehrling Leon Radecki mit seinem Fahrrade einem vorbeikommenden Wagen auswich, schlug der Kutscher im gleichen Augenblick mit der Peitsche nach den Pferden. Dabei traf der Lederriemen der Peitsche den Radfahrer derart in das linke Auge, daß er in das Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

§ **Wer ist der Besitzer?** Bei der Polizei in Crone (Koronowo) befinden sich 30 Złoty, die während des letzten Jahrmarkts gefunden wurden. Der Geschädigte kann sich in oben genanntem Polizeikommando melden.

§ **Fahrraddiebstähle.** Dem in der Fordonerstraße 24 wohnhaften Jan Gapa wurde ein Herrenfahrrad im Werte von 160 Złoty gestohlen, das er vor dem Hause Podwale (Wallstraße) 12 hingestellt hatte — Vom Korridor des Wartesaals 3. Klasse des hiesigen Bahnhofs wurde zum Schaden des Nakielska (Nakelerstr.) 102 wohnhaften Bronisław Połomski ein Herrenfahrrad im Werte von 130 Złoty entwendet. — Piotr Mateja, Kaszubska (Metzstraße) 33, wurde ein Fahrrad im Werte von 120 Złoty gestohlen.

§ **Unehrlicher Arbeiter.** Vor dem hiesigen Burggericht hatten auf der Anklagebank folgende Personen Platz genommen: der 40jährige Arbeiter Anton Tomajczyk, der 35jährige Arbeiter Mieczysław Kiern, der 30jährige Arbeiter Leon Tuczkowski, die 35jährige Marta Nowicka, die 34jährige Franciszka Lewandowska und der 25jährige Józef Frelichowski, sämtliche hier wohnhaft. Tomajczyk und Kiern, die bei der Firma Kolwitz beschäftigt waren, sind angeklagt, systematisch zum Schaden ihrer Arbeitgeber Küchengeräte gestohlen zu haben. Tuczkowski hatte sich dafür zu verantworten, daß er die erstgenannten Angeklagten zu den Diebstählen überredete. Die übrigen Angeklagten sind der Hehlerei angeklagt. Tomajczyk und Kiern bekennen sich vor Gericht zur Schuld. Die übrigen Angeklagten sind nicht geständig. Nach durchgeführter Beweisaufnahme verurteilte das Gericht Tomajczyk, Kiern und Tuczkowski zu je sechs Monaten Gefängnis, die Nowicka, Lewandowska und den Frelichowski zu je 50 Złoty Geldstrafe. — Leon Tuczkowski wurde außerdem wegen eines im Jahre 1933 verübten Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte damals dem hier wohnhaften Hauptmann Zabielski aus dessen Wohnung einen Revolver im Werte von 50 Złoty gestohlen. Auf Grund der Amnestie wurde ihm die Hälfte der oben bereits genannten Strafe erlassen.

§ **Wegen unbefugter Anfertigung eines Poststempels** hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 44jährige Zygmunt Lenz, wohnhaft in Polichno, Kreis Bromberg, und der 38jährige Ludwig Warzocha, von hier, zu verantworten. Lenz beauftragte den Warzocha, bei einer auswärtigen Stempelfirma einen Poststempel mit folgender Aufschrift: „Neidenburg — 16. VIII. 38 Nr. 4—5" anfertigen zu lassen. Dieser Stempel, den die beiden Angeklagten wahrscheinlich zu unlauteren Zwecken benötigten, wurde von der betreffenden Stempelfirma auch angefertigt. Da ihr aber die Sache verdächtig vorkam, setzte sie von dem eigenartigen Auftrag die Kriminalpolizei in Kenntnis. Als nun Warzocha bei der Firma erschien, um den Stempel abzuholen, wurde er von der Polizei verhaftet. Die Angeklagten geben vor Gericht an, daß es sich angeblich um eine Wette gehandelt habe, die Lenz mit dem Warzocha eingegangen sein soll. Lenz soll nämlich behauptet haben, daß er jederzeit aus Deutschland Geldüberweisungen erhalten könne. Um nun die Wette zu gewinnen, habe er den Stempel anfertigen lassen. Sie wären sich auch nicht bewußt gewesen, damit eine strafbare Handlung zu begehen. Diese etwas unklaren Angaben der Angeklagten fanden vor Gericht wenig Glauben. Sie wurden deshalb beide zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, wobei dem L. ein dreijähriger Strafaufschub gewährt wurde.

§ **Wegen Dokumentenfälschung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 25jährige Viktor Gołębiewski, hier wohnhaft, zu verantworten. Der Angeklagte hatte im Mai d. J. eine Bescheinigung ausgestellt mit dem Inhalt, daß der 36jährige Arbeiter Paweł Jagodzinski bei einem Landwirt namens Hamann beschäftigt gewesen sei. Diese Bescheinigung erhielt Jagodzinski, der sich wiederum wegen Arbeitslosenunterstützung beim hiesigen Arbeitslosenamt bemühte. Jagodzinski hate sich deshalb gleichfalls vor Gericht zu verantworten. G. gibt an, das er sich auf dem Arbeitslosenamt befand und ein Bekannter ihm den Text der Bescheinigung diktiert hätte. Zu welchem Zweck die Bescheinigung bestimmt war, wußte er nicht. J. bestreitet es nicht, die Bescheinigung erhalten zu haben — jedoch nicht von dem Mitangeklagten G. Das Gericht beschloß zwecks Ladung von Zeugen die Sache gegen G. auszusondern und zu vertagen. J. dagegen wurde, da er von einer gefälschten Bescheinigung Gebrauch gemacht hatte, zu drei Monaten Arrest mit dreijährigem Strafaufschub verurteilt.

Graudenz (Grudziądz).

× **In der Ortsgruppe Graudenz des Verbandes deutscher Katholiken** hielt Prof. Dr. Manthey-Pelplin einen Vortrag über Stanislaus Hosius, sein Leben und sein Werk. Die Familie dieses bedeutenden katholischen Mannes, die deutscher Abstammung war, wanderte seinerzeit nach Krakau ein. Der Vater von Stanislaus Hosius stiftete eine Kirche und ein Kloster. Als Bischof von Culm wurde Stanislaus Hosius vom polnischen König öfters zur Erledigung wichtiger Missionen in Anspruch genommen. In späterer Zeit war er Bischof im Ermland. In Anerkennung seiner Wirksamkeit auf kirchlichem Reformierungsgebiete, insonderheit in katechetischer Hinsicht, erhielt er danach den Kardinalshut. Reichen Beifall erntete der Vortragende. Es wurden sodann noch einige Vereinssachen erledigt, so z. B. für die Begräbnisunterstützung geworben, an der sich seinerzeit 92 Mitglieder beteiligten.

× **Einer Verhandlung vor dem hiesigen Burggericht** lagen tätliche Auseinandersetzungen zugrunde, die sich vor einiger Zeit in einem Restaurant ereigneten. Dort machte — nach dem Bericht des „Gon. Nadwiślański" — der Kasinopächter Wiktor Borowik einen Deutschen, der laut seine Muttersprache gebrauchte, darauf aufmerksam, daß man in Polen nur polnisch spreche. Dieses patriotische Verhalten, so berichtet das Blatt, hat dem Portier des Lokals nicht gefallen, der es für angebracht erachtet habe, zu intervenieren. Das sei für B. sehr trübe ausgefallen, weil ihn der Portier mit einem Gummischlauch geschlagen und ihn aus dem Lokal hinausgeworfen habe. Belastende Aussagen für den angeklagten Portier machten vor Gericht der Privatbeamte Jan Sikierski und der sich in dessen Gesellschaft befindende Gast Alfons Nowakowski, sowie der ebenfalls als Zeuge vernommene Kasinopächter Borowik selbst, während als Entlastungszeuge der ebenfalls bei der Angelegenheit zugegen gewesene Gast Feliks Piotrowski auftrat. Das Gericht erachtete nach durchgeführter Verhandlung den angeklagten Portier für schuldig und erkannte auf sechs Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

*

× **Wegen Schmähung des Gedächtnisses des Marschalls Józef Piłsudski** hatte sich vor dem hiesigen Bezirksgericht eine gewisse Konstancja Koszuta, von Beruf Hausgehilfin, zu verantworten. Sie hat die betreffende beleidigende Äußerung getan, während sie im September d. J. bei einer Graudenzer Herrschaft in Diensten stand. In der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde die Schuld der Angeklagten erwiesen und sie zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

t **Der letzte Wochenmarkt** brachte gute Beschickung. In der Frühe war der Verkehr besser, später flaut er ab. Die Butter kostete während des Hauptbesuches 1,40—1,60, mittags 1,20, Eier 1,50—1,60, Weißkäse 0,10—0,60, Tilsiter Käse 0,70—1,40, Weintrauben 0,50 und 1,20—1,40, Äpfel 0,10—0,40, Birnen 0,25—0,60, Nüsse 1,00, Moosbeeren und Hagebutten 0,20—0,25, Tomaten 0,10—0,25; Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,20—0,25, Blumenkohl 0,20—0,60, Spinat 0,20, Mohrrüben 0,10, Rote Rüben 0,05—0,10 Salat 0,05, Radieschen 0,10, Grünzeug 0,05—0,10, Zwiebeln 0,10, Kartoffeln Pfd. 0,03; Gänse 4—6,00, Enten 2,20—3,50, Hühner 1,80—3,00, Hühnchen 1,00—1,50, Tauben Paar 0,80—0,90, Rebhühner 1,60; Hasen 3—3,50; Aale 1,80—2,00, Hechte 0,80—1,00, Schleie 0,80—1,00, Bressen 0,50—0,80, Plötze 0,20—0,35, Krebse 0,10—0,20; Alpenveilchen 0,60—1,00 und mehr, Chrysanthemen 0,40—0,80, Rosen Stück 0,25—0,30, Veilchen 0,10, Sträußchen 0,10—0,30; Tannengrün 0,05—0,15.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Deutscher Büchereiverein Graudenz. Am Montag, dem 7. November um 20 Uhr, konzertieren in der Goetheschule zwei hervorragende Vertreter der jungen Musikergeneration Deutschlands, die Pianistin Picht-Axenfeld, Chopinpreisträgerin 1937, und der erste Konzertmeister der Staatsoper Berlin und Träger des Musikpreises der Reichshauptstadt 1938 Helmut Zernick (Violine). Da die Vorführung von Werken höchsten Ranges vorgesehen ist, (Händel: Sonate F-Dur, Bach: Chaconne aus der Partita D-Moll für Solo-Violine, Beethoven: Sonate G-Dur, op. 30, Nr. 3 für Violine und Klavier, Chopin: Sonate B-Moll, op. 35, Cesar Franck: Sonate A-Dur für Violine und Klavier) hofft der Verein auf zahlreichen Besuch. Nur bei allseitiger Unterstützung wird es die hohen Kosten dieser Veranstaltung aufbringen und ihr weitere ähnliche folgen lassen können. 7267

Thorn (Toruń)

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Sonnabend früh fast unverändert 0,56 Meter über Normal. Den Weichselhafen liefen an bzw. verließen die Schlepper „Nadzieja", „Marynarz", „Andrzej Zamojski" und „Lubecki" mit insgesamt vier leeren und 24 beladenen Kähnen. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Belgia" bzw. „Witeż", in entgegengesetzter Richtung „Fredro" bzw. „Faust".

v **Gerichtliches Nachspiel der Baukatastrophe in der Waldstraße.** Das Thorner Bezirksgericht verhandelte gegen den Bauunternehmer Franciszek Schneider und seinen Sohn Sylwester, die beschuldigt wurden, den Tod des Maurerlehrlings Maximilian Kraszucki von hier verursacht zu haben, der am 27. Juni d. J. in der ul. Słowackiego bei einem durch die Baufirma Fr. Schneider ausgeführten Hausabputz tödlich verunglückt war. Kraszucki brach in Höhe des vierten Stockwerkes mit dem zu schwachen Gerüst zusammen und fiel auf den Steinbelag des Hofes, wobei der Tod auf der Stelle eintrat. Die Beweisaufnahme ergab im vollen Umfange die Schuld des Angeklagten Fr. Schneider, der die Beaufsichtigung des Gerüstaufbaues seinem Sohn überlassen hatte. Sylwester Schneider hingegen hatte die Baustelle überhaupt nicht aufgesucht. Nach durchgeführter Verhandlung verurteilte der Gerichtshof beide Angeklagte zu je acht Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub. * *

‡ **Ein ausgezeichnetes Programm** bietet augenblicklich wieder das Kino „Świt", ul. Prosta (Gerechtestraße) 5. Nach einer aktuellen Wochenschau, in der wir u. a. den Einzug der polnischen Truppen im Olsagebiet und den Besuch Adolf Hitlers im Sudetenland miterleben, und nach einem sehr lustigen farbigen Zeichenfilm läuft als Hauptfilm „Lumpaci vagabundus". Unter der Regie Geza v. Bolvarys ist hier ein Filmwerk voll köstlichsten und feinsten Humors entstanden, das aus der „Weaner G'mütlichkeit" schöpft, flott und leicht abläuft, das Publikum immer wieder zu lauten Heiterkeitsausbrüchen hinreißt und es nur bedauern läßt, daß das lustige Treiben der drei Handwerksburschen (Heinz Rühmann als Schneider, Paul Hörbiger als Schuster und Hans Holt als Tischler) nicht noch zwei weitere Stunden fortgesetzt wird. Das Ganze ist mit schön instrumentierten, einschmeichelnden Melodien durchsetzt; kurz: ein Film, wie ihn sich jeder Kinofreund wünscht! * *

‡ **Im Dienst schwer verunglückt** ist Sonnabend früh gegen 4½ Uhr auf dem Hauptbahnhof (Toruń-Główny) der in Thorn-Podgorz, ul. Okólna, wohnhafte Rangierer Józef Dąbrowski. Bei Ausübung seiner Tätigkeit geriet D. unter die Räder eines Waggons, die ihm beide Beine abtrennten. Der Verunglückte wurde schnellstens in das Städtische Krankenhaus überführt. * *

‡ **Der tägliche Fahrraddiebstahl.** Vom Hofe der Fortbildungsschule in der ul. Wały (Wallstraße) wurde dem Zygmunt Jablonski, Szosa Chelminska (Culmer Chaussee) Nr. 176, ein Fahrrad Marke „Orient", Fabriknummer 267, im Werte von 100 Złoty gestohlen. Die Frechheit des Diebes ist um so größer, als die Schule dicht neben dem ersten Polizeikommissariat liegt. * *

v **Wegen Diebstahls** auf der Anklagebank des hiesigen Burggerichts Platz nemen mußte der 24jährige Maler Paweł Supczyński, wohnhaft ul. Św. Jakuba (Jakobstraße) 19, dem die Anklage vorwarf, am 19. Juli während der Arbeit etwa 12 Quadratmeter Zinkblech zum Schaden des Paweł Maklaniewicz gestohlen und an einen unbekannten herumziehenden Alteisenhändler für 13,50 Złoty verkauft zu haben. Das gestohlene Zinkblech ging dann schließlich durch Kauf an den wegen Hehlerei schon mehrfach bestraften jüdischen Alteisenwarenhändler Nachemstein über. In der Verhandlung stritt der Angeklagte den Diebstahl ab, während der diesmal als Zeuge vernommene Nachemstein erklärte, nicht gewußt zu haben, daß das Blech aus einem Diebstahl herrührte. Nach durchgeführter Beweisaufnahme verurteilte der Gerichtshof den bereits mehrfach bestraften Supczyński wegen Diebstahls zu 7 Monaten Gefängnis. * *

Dirschau (Tczew)

de **Boxkampf.** Am letzten Sonnabend fand im großen Saale der hiesigen Stadthalle vor über 800 Zuschauern ein Boxkampf zwischen „Gedania" Danzig und der hiesigen Sokol-Boxmannschaft statt. Als Ringrichter fungierte Lewicki Thorn. Das Treffen, in dem auf beiden Seiten hartnäckig gekämpft wurde, endete unentschieden 8:8. Der Dirschauer Weltergewichtler Landowski, der seinen 50. Kampf bei diesem Treffen bestritt, erhielt vom Präses des Vereins Rechtsanwalt Gryning aus diesem Anlaß ein Diplom und einen Strauß. Die Kämpfe in den einzelnen Gewichtsklassen waren folgende (Gedania-Danzig zuerst genannt): Hahnengewicht: Müller-Sachs, Punktsieg für Gedania; Federgewicht I: Bianga—Skierka, unentschieden; Federgewicht II: Zieliński—Gendziusz, unentschieden; Leichtgewicht: Hirsch—Predella, letzterer erhielt vom Ringrichter eine Verwarnung und durfte die 2. Runde wegen ungebührlichen Betragens nicht beenden, der Punktsieg wurde „Gedania" zugesprochen; Weltergewicht: Plichta—Landowski, Punktsieg für Danzig; Mittelgewicht: Hanski— Kwiatkowski, Punktsieg für den Dirschauer; Halbschwergewicht: Heistowski—Slogoda, ebenfalls Punktsieg für „Sokol" Dirschau.

de **Rechtsanwalt auf der Anklagebank.** Der bekannte Rechtsanwalt und Besitzer der ehemaligen Blechfabrik „Arkona" Dr. Kaznowski wurde von dem hiesigen Burggericht am Freitag zu einem halben Jahre Arrest verurteilt. Die Anklage warf dem Rechtsanwalt vor, 1000 Złoty veruntreut zu haben, die ihm einer seiner Klienten ausgehändigt hatte. Der Hergang war folgender. Im hiesigen Arrest saß ein Jude, den der Rechtsanwalt zu vertreten hatte. Gegen eine Kaution von 1000 Złoty sollte der Jude auf freien Fuß gesetzt werden. Der Rechtsanwalt Dr. Kaznowski forderte nun von den Angehörigen des Juden 2000 Złoty, zahlte die eine Hälfte ein, während er sich die andere Hälfte aneignete. Das Gericht erkannte die Schuld des Angeklagten und verurteilte ihn zu einem halben Jahr Arrest. Sobald der Verurteilte aber die Summe in einer bestimmten Zeit zurückerstattet, wird ihm die Verbüßung der Strafe erlassen. Das Urteil rief unter den hiesigen Bürgern eine große Sensation hervor.

de **Zu vergiften** beabsichtigte sich eine Apolonia Strunk aus Schwetz in der Bahnhofstraße. Sie trank Lysol und mußte in das St. Vinzenz-Krankenhaus eingeliefert werden.

de **Der letzte Wochenmarkt** brachte Butter zu 1,70—1,80, Eier Mandel 1,70, ½ Kilo 1,00, Äpfel 0,15—0,40, Birnen 0,30—0,45, Tomaten 0,20—0,25, Preißelbeeren 0,50—0,60, Rehfüßchen 0,20, Blumenkohl 0,40, Weißkohl 0,05, Wirsing 0,10, Sauerkohl 0,15, Mohrrüben zwei Bund 0,15, Zwiebeln drei Pfund 0,25, Rotkohl drei Pfund 0,25, Kürbis 0,05, Weintrauben 0,50, Suppengemüse 0,10, Kartoffeln 0,03, Hagebutten 0,15, Tauben Stück 0,50, Hühnchen 0,90—2,50, Enten Pfd. 0,80, Gänse Pfd. 0,55, Hasen Stück 2,80—3,00. Auf dem Fischmarkt zahlte man für Hechte 0,90—1,00, Schleie 1,00, Forellen 0,40, grüne Heringe drei Pfund 1,00, geräucherte Flundern 1,20, Karpfen 0,90, Neunaugen 0,80.

Konitz (Chojnice)

rs **Die hiesige Freiwillige Feuerwehr** hielt am Sonnabend im Saale des Spritzenhauses eine Generalversammlung ab, welche durch den Kommandanten Zagiewski in Anwesenheit von etwa 50 Mitgliedern eröffnet wurde. Da die statutenmäßig zur Wahl des Vorstandes erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erschienen war, wurde die Versammlung um eine Stunde vertagt. Zum Versammlungsleiter wurde Instrukteur Kruze gewählt, der die Gründe bekannt gab, weshalb die im Frühjahr vollzogenen Wahlen nicht genehmigt wurden. Er forderte deshalb zur strikten Einhaltung der Vorschriften und gab dem Wunsche Ausdruck, daß auch aus den passiven, unterstützenden Mitgliedern Herren in den Vorstand zugewählt werden, um das Interesse der Allgemeinheit an den Bestrebungen der Wehr zu verstärken.

Die Wahlen selbst nahmen infolge Ungültigkeit einiger Wahlgänge längere Zeit in Anspruch. Schließlich wurde der bisherige Präses, Professor Wagner wiedergewählt. Da gegen den bisherigen Kommandanten Łagiewski kein Einspruch erhoben wurde, blieb dieser Posten unverändert. In den weiteren Vorstand wurden gewählt: Fabrikbesitzer Kaźmierski, Kaufmann Parszyk, Falkowska, Vizebürgermeister Kaufmann Zimny, Majorczyk und Bauunternehmer Wolf. Als Vorsitzender der Revisionskommission wurde Kamerad Bolle und zu Mitgliedern derselben, welcher seitens der Stadtverwaltung noch Rechnungsführer Miesikowski angehörte, die Kameraden Skirka und Kurkiewicz gewählt. Nach Schlußworten des Vorsitzenden, der noch bekannt gab, daß Konitz eine Bezirksbereitschaft erhält, und einer Ansprache des Vorsitzenden, wurde die Versammlung um 11,45 Uhr geschlossen. +

rs **Ein Motorradunfall** ereignete sich am Freitag auf der Schönfelder Chaussee, bei dem dem Motorfahrer, ein Mann namens Reiherd aus Warschau erheblich verletzt wurde und nach dem Borromäuskrankenhaus gebracht werden mußte. R., der mit der Führung eines Motorrades wenig vertraut war, hatte sich dasselbe zu einer Fahrt geliehen. Neben den Kurkosten hat er noch ein Strafmandat zu erwarten, da er keinen Führerschein besaß. +

rs **Urteil im Beleidigungsprozeß.** In dem Beleidigungsprozeß Grodzicki gegen Dybowski wurde am Sonnabend das Urteil verkündet. Der Beklagte, Schriftleiter Dybowski, wurde schuldig befunden und zu drei Monaten Arrest ohne Bewährungsfrist, 50 Złoty Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils im „Słowo Pomorskie" und „Dziennik Pomorski" verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Wahrheitsbeweis für die in der Presse gegen den Kläger gebrachten Vorwürfe nicht erbracht wurde. Zwar wurde erwiesen, daß Kläger größere Mengen Danziger Tabak im Detailhandel nach Warschau verkauft hatte, jedoch dazu nach Aussagen des Zeugen, Direktors der Monopolfabrik, berechtigt war. Gegen das Urteil wurde Appellation angemeldet. +

rs **Aus dem Gerichtssaal.** Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich ein Landwirt aus Alt-Prusy wegen Hehlerei zu verantworten, da er zwei von Zigeunern gestohlene Pferde in seinem Stalle aufgenommen hatte. Er wurde zu zwei Monaten Arrest verurteilt, welche Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. — Ein seltener Fall, in dem ein Zollbeamter im Dienst einen im Dienst befindlichen Eisenbahnpolizeibeamten beleidigt hatte, kam vor demselben Gericht zur Verhandlung. Der Vorfall spielte sich auf dem Perron vor einem Transitzuge ab, wo der Zollbeamte den Bahnbeamten vom Perron wies und dabei vor die Brust stieß. Beide gaben an, im Sinne ihrer Dienstinstruktion gehandelt zu haben. Der Zollbeamte wurde zu sieben Monaten Arrest mit Bewährungsfrist verurteilt. +

rs **Auf dem letzten Wochenmarkt** kostete: Butter 1,40 bis 1,60, Eier 1,50, Hühner 1,80—2,80, Hühnchen 1,00—1,50, Enten 2,50—4,50, Gänse 4,50—6,00, Puten 4,50—5,00, Plötze 0,25—0,40, Barse 0,30—0,50, Hechte 0,70—0,80, Schleie 0,70, Karpfen 0,70, Aale 1,00—1,20, Räucheraal 2,20, Kartoffeln 1,80—2,00, Brennholz 6,00—8,00, Torf 7,00—9,00, Ferkel 30 bis 25 Złoty das Paar. +

Zwei Kinder erstickt.

e **Kokocko, 24. Oktober. Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich in der Wohnung des Arbeiters Dekowski, die sich im Gasthause Manka befindet. Während Dekowski und seine Frau zur Arbeit bei einem Besitzer gegangen waren, bemerkte man Rauch in der Wohnung der Eheleute. Sofort wurde die Wohnung aufgebrochen, die vollständig mit Rauch angefüllt war. Zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren, waren, als die Hilfe erschien, bereits erstickt. Die Wohnungseinrichtung ist durch das Feuer vollständig vernichtet.**

Die Geschichte des Bromberger Schulwesens.

Die Geschichte des Bromberger Schulwesens ist ist in ihren Anfängen ein noch unbekanntes Kapitel. Nachstehender Aufsatz aus der Feder eines hervorragenden Kenners der Ortsgeschichte dürfte daher nicht nur vom rein schulgeschichtlichen Standpunkt, aber auch als kulturgeschichtlicher Beitrag regstes Interesse finden. (D. R.)

I.

Altpolnische Zeit.

Die Deutschen waren von jeher ein „Schulvolk". Schon Karl der Große hat in seinem Kapitular von 804 die allgemeine Volksschule gefordert, und sein bester Schulrat, der Fuldaer Abt Rhabanus Maurus stellte pädagogische Grundsätze auf, die in vielem für alle Zeiten Geltung haben sollten, so u. a. die treffliche Forderung: „Fröhlich der Schüler, fröhlicher der Magister, am fröhlichsten aber der Rektor." Als dann die Deutschen als Kolonisatoren nach dem Osten gerufen wurden, war der „Schulgedanke" in ihnen schon fest verwurzelt. Wo sie sich in einer Stadt in größerer Zahl niederließen, gründeten sie sofort Pfarr- und Klosterschulen oder „Schriefscholen", die städtisch waren und zur Unterscheidung von den kirchlichen Schulen auch „Deutsche Schulen" genannt wurden.

Das Schulwesen unserer lieben Brahestadt nahm seinen Anfang just in der Zeit als in Prag die erste deutsche Universität gegründet wurde, die dem gesamten Kulturleben des Abendlandes einen neuen Aufschwung gab. Bereits in der Gründungsurkunde der neuen Stadt von 1346 ist die Errichtung von Schulen vorgesehen mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Leiter dieser Schulen vom Stadtvogt und der Ratsversammlung eingesetzt, jedoch vom Pleban, dem jeweiligen Probst der Pfarrkirche, bestätigt werden sollen: De consensu tamen et voluntate plebani! Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob es hier bereits vordem eine Schule gegeben hat bzw. ob solche noch aus früherer Zeit her vorhanden war — der Wortlaut des Privilegs läßt ähnliches jedenfalls vermuten. Noch vor der Niederlassung Kesselhuts gab es östlich der Braheburg — etwa seit dem XI. Jahrhundert — eine Siedlung nach polnischem Recht, die im XIII. Jahrhundert sogar eine gewisse Bedeutung erlangte. Zur Zeit Kesselhuts war diese Siedlung nurmehr ein kleiner Flecken, es gab hier immerhin noch etliche Holz- und Lehmhütten sowie eine ebenfalls aus Holz erbaute Kirche nebst Glöcknerei: St. Aegidien! Von dieser Glöcknerei spricht die Urkunde König Kasimirs im Zusammenhang mit den Schulen. Ob die Schule nun bestand oder nicht — den deutschen Ansiedlern wurde jedenfalls das Recht der Schulleiterbesetzung zugesprochen. Man geht darum nicht fehl in der Annahme, daß

die erste Schule Brombergs eine Stadtschule

gewesen ist, wie wir sie in verschiedenen anderen Kolonialstädten jener Zeit auch antreffen. (Lemberg, Kalisch usw.) — Wesentlich schwieriger hatten es die deutschen Einwanderer in Posen, deren Kinder die abseits gelegene Domschule besuchen mußten, da ihnen der Bischof Boguſał II (1242—1253) den Bau einer eigenen Pfarrkirche nur unter der Bedingung gestattete, daß neben derselben keine Schule angelegt werden würde. Fünfzig Jahre später hob freilich Bischof Andreas I. diese Beschränkung auf und erlaubte die Errichtung einer Stadtschule, aber auch hier durften die Rektoren der Schule nur vom Bischof bzw. der geistlichen Behörde angestellt werden; erst im 16. Jahrhundert erlangte der Posener Magistrat diese Berechtigung für sich.

Wie wir sehen, hatten die deutschen Ansiedler in Bromberg nicht mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen und konnten unmittelbar an die Errichtung einer eigenen Schule herangehen. Es steht fest, daß die ersten Lehrer an dieser Schule Deutsche waren und ebenso sicher ist, daß auch die Unterrichtssprache deutsch war. Weit verbreitet war die deutsche Sprache und selbst in rein polnischen Gegenden gelangte sie zur Anwendung. Davon geben die Urkunden — davon geben auch die alten Lehrpläne Kunde. Der Deutschunterricht in der Bromberger Schule ist aber auch schon deshalb keine Merkwürdigkeit, da auch die Amtssprache der städtischen Behörden in Bromberg bis etwa 1450 deutsch war. Den Unterricht erteilten Kolonistensöhne oder deutsche Studenten (Vaganten), die — wie ein polnischer Forscher schreibt — um kargen Lohn Anstellung in den Städten Polens suchten. Urkundliches über die Verhältnisse an dieser ersten Schule Brombergs hat sich uns leider nicht erhalten. Wir wissen nur, daß bald nach der Anlage der Stadt der Zuzug polnischer Bevölkerung einsetzte und daß das ansässige deutsche Element in seinen Lebensbedingungen stark beengt wurde. Dieser Umstand, wie auch der wiederholte Wechsel des Landesherrn — nicht minder aber die aufkommenden Sprachenbestimmungen der kirchlichen Behörden in Polen (die ja auch ihr Teil zur Polonisierung der Deutschen beitrugen oder beitragen sollten!) dürften nicht ohne Einfluß auf die Bromberger „Deutsche Schule" geblieben sein. Daß die deutsche Sprache aber nie ganz ausstarb, dafür gibt es in der Folgezeit Beweise zur Genüge.

Im Jahre 1466, dem Jahr der Niederlage des Ordens, finden wir die erste urkundliche Erwähnung einer Pfarrschule in Bromberg. Es muß hierbei hingewiesen werden, daß die eigentliche Stadt-Pfarrkirche erst in der Zeit von 1460 bis 1502 als Ziegelbau fertiggestellt wurde, nachdem ein Brand das im Jahre 1399 (also fast ein halbes Jahrhundert nach der Stadtgründung!) in Holz erbaute alte Kirchlein vernichtet hatte. Bis 1447 mag aber St. Aegidien als antiquitus parochialis gegolten haben, in welchem Jahr die Pfarrgeistlichkeit in die H. Geistkirche übersiedelte. St. Aegidien aber lag außerhalb der Stadt. Es ist demnach anzunehmen, daß mit der Errichtung der neuen Kirche auch gleichzeitig der Bau der Schule erfolgte, die — wie ein späterer Visitationsbericht besagt — auf dem Gelände des Friedhofs in unmittelbarer Nähe der Kirche ge-

lk **Briesen** (Wąbrzeźno), 23. Oktober. Vor dem Thorner Bezirksgericht fand eine Verhandlung gegen den 30-jährigen Wacław Topolinski, den ehemaligen Boten des hiesigen Postamts statt, dem die Anklage zur Last legte, einen Raubüberfall vorgetäuscht und 1800 Złoty zum Schaden der Post unterschlagen zu haben. Am 2. Juni d. J. wurde der Angeklagte vom Postamt nach den Ortschaften Dębowałąka und Wielkie Radowiska entsandt, wo er außer anderen Postsachen auch die erwähnte Summe von 1800 Złoty auszutragen hatte. Topolinski unterschlug jedoch dieses Geld und erfand einen Überfall. Auf dem Wege zwischen Briesen und Niedzwiedz schlug er sich einen der Vorderzähne aus und brachte sich neun Schlag- und Schnittwunden am Kopfe bei, worauf er das Rad in den Graben warf und sich daneben legte. So wurde er dann von dem Förster Jastrzębski aufgefunden, der die Polizei benachrichtigte, die dann nach eingehender Untersuchung feststellen konnte, daß der Angeklagte den Überfall nur vorgetäuscht hatte, um die Unterschlagung zu vertuschen. Das Bezirksgericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust der Bürgerrechte für die Dauer von drei Jahren sowie zur Rückzahlung der unterschlagenen Summe.

z **Inowrocław**, 22. Oktober. Bei der Einfahrt in den Güterbahnhof stürzte der Bremser B. Walkowski unvorsichtigerweise vom Waggon und erlitt schwere Kopf- und Armverletzungen, so daß er im ernsten Zustande ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

In der ul. Toruńska brach wieder ein alter Bettler infolge Schwäche zusammen und verlor das Bewußtsein. Nachdem er sich im Krankenhause gestärkt und erholt hatte, setzte er seine Wanderschaft fort.

Auf dem hiesigen Gerichtstag des Bezirksgerichts Bromberg wurde ein Peter Ruchlewicz aus Lodz abgeurteilt, der des Sacharin-Schmuggels überführt worden war. 20 Kilo Sacharin, die er für 500 Złoty gekauft hatte, wollte er für den fünffachen Preis verkaufen. Das Gericht verurteilte ihn zu tausend Złoty Geldstrafe und sechs Monaten Arrest, sowie zur Tragung der Kosten.

sd **Stargard** (Starogard), 24. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Revisionsbericht über die Tätigkeit der Stadtsparkasse entgegengenommen. Daraus geht hervor, daß in der Zeit vom 27. bis 30. September gegen 350 000 Złoty an Sparguthaben abgehoben wurden. Die Kassenreserven waren jedoch in der Lage, alle Forderungen zu erfüllen. Gegenwärtig sind die in den kritischen Septembertagen abgehobenen Gelder wieder zurückgekehrt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein Antrag an das Innenministerium um Bestätigung des neuen Wappens genehmigt. Außerdem wurde die Stadtverwaltung zur Aufnahme von Investitionsanleihen in Höhe von 30 000 und 15 000 Złoty bevollmächtigt. Der Magistratsbeschluß über die Befestigung des Flußufers unterhalb der Schleusenbrücke in der ul. Hallera wurde von der Versammlung genehmigt.

f **Strasburg** (Brodnica), 22. Oktober. Beim Getreidedreschen verunglückt ist der Landwirt Jan Łażynski aus Eiche hiesigen Kreises. Ł. geriet so unglücklich mit dem rechten Fuß in das Getriebe der Dreschmaschine, daß ihm sämtliche Zehen gebrochen wurden. Er wurde in das Krankenhaus geschafft.

h **Soldau** (Działdowo), 24. Oktober. Nachdem die Maul- und Klauenseuche im Bereich der Stadt und den umliegenden Dörfern erloschen, ist der Auftrieb bezw. Zufuhr von Hornvieh und Schweinen auf den Wochen- und Viehmärkten wieder gestattet.

Unterschlagungen begangen hat der Sekretär des Rechtsanwalts Szwedowski, Zenon Antkowiak. Zwecks Durchführung des Kaufes einer Landwirtschaft ließ er sich vom Landwirt Jan Niezka, hier, einen Betrag von 4620 Złoty geben. Das Geld hat er dann verjubelt. A. hat die Schuld eingestanden.

‡ **Włocławek**, 23. Oktober. Im Dorfe Karolewo hiesigen Kreises hat die 16jährige Regina Cybulska durch Ausschütten noch nicht abgekühlter Asche in den Stall des Landwirts Mieczysław Belkowski ein schweres Brandunglück verursacht. Neben Stall und Schuppen mit landwirtschaftlichen Gerätschaften brannte noch die getreidegefüllte Scheune nieder, so daß B. einen Schaden von ungefähr 3000 Złoty erleidet, dem eine Versicherungssumme von nur 1200 Złoty gegenübersteht.

Wojewodschaft Posen.

Schwere Autobuskatastrophe bei Schroda.

z **Schroda** (Środa), 22. Oktober. Als der Autobus der Firma „Fiapol“ aus Posen die Chaussee Schroda—Jarotschin entlang fuhr, wollte einen Kilometer vor der Stadt die Kleinbahn mit Zuckerrüben die Chaussee überqueren. Der Chauffeur achtete nicht auf die Signale des Maschinisten, sondern fuhr mit voller Kraft an die Maschine des Zuges. Hierbei wurde die Maschine umgeworfen und ein Wagen vollständig zertrümmert. Die 12 Insassen des Autobus erlitten teils schwere, teils leichte Verletzungen. Drei Personen und der Chauffeur wurden sofort in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus geschafft.

z **Gnesen** (Gniezno), 23. Oktober. Die Hackfruchternte ist in hiesiger Gegend beendet. Doch die meisten Landwirte sind trotz des feuchten Sommers mit der Kartoffelernte nicht zufrieden. In vielen Fällen sind auf guten Böden nur 30—40 Zentner Kartoffel geerntet worden. Dafür sind aber die Wruken gut ausgewachsen. Es ist keine Seltenheit, Exemplare von 15 bis 20 Pfund anzutreffen.

ꝏ **Posen** (Poznań), 22. Oktober. Beim Laufen auf dem Schulhofe stürzte der 17jährige Gymnasiast Zbigniew Napora aus der ul. Plebańska 17, und erlitt einen Bruch der rechten Hand. — Dem bei Erdarbeiten im Kasprowicz-Park beschäftigten Arbeiter Josef Urbaniak aus der fr. Caprivistraße 17, fuhr eine Lore über den rechten Fuß, so daß er empfindlich verletzt wurde.

Unter dem dringenden Verdacht der Vornahme unerlaubter Eingriffe sind die beiden Hebammen Martha Kowalewska und Konstancja Błaszczak in Untersuchungshaft genommen worden. Hauptverdächtig ist die Kowalewska, die in ihrer Wohnung einen regelrechten Operationsraum eingerichtet hatte und sich für einen Eingriff 100 Złoty zahlen ließ.

Einen eigenartigen Sport leisten sich hier gewisse Leute, indem sie dem Tierschutzverein von angeblichen Tierquälereien anonym Kenntnis geben. Es stellte sich bisher jedesmal heraus, daß die Meldungen nicht auf Wahrheit beruhten. Das Inspektorat des Tierschutzvereins wird deshalb derartige anonyme Zuschriften in Zukunft in den Papierkorb werfen.

z **Schrimm** (Śrem), 22. Oktober. Dieser Tage machte der Fleischergeselle Bronisław Stein aus Polzig seinem Leben auf ungewöhnliche Art ein Ende. Er benutzte für seinen Freitod den für das Schlachtvieh verwandten Betäubungsapparat, den er sich an die Schläfen setzte. Der Lebensmüde starb auf dem Wege nach dem Krankenhause.

z **Taubenwalde** (Gołąbki), 22. Oktober. Gestern ging über unsere Gegend — eine für diese Zeit seltene Erscheinung — ein schweres Gewitter mit starken Blitz- und Donnerschlägen nieder. Auf zwei Stellen hat der Blitz eingeschlagen.



Der Führer stiftet einen Sportpreis.

Der Führer und Reichskanzler hat für die vom 21.—23. Oktober 1938 in Wien stattfindenden Weltmeisterschaften im Gewichtheben einen Ehrenpreis gestiftet.

Bei den vorjährigen Weltmeisterschaften in Paris hat Deutschland gegen starke Konkurrenz den vom französischen Staatspräsidenten Lebrun gestifteten „Preis der Nationen“ gewonnen.

Fünf Deutsche in der Kontinent-Auswahl.

Fünf Deutsche kamen in die Kontinentauswahl durch die nunmehr endgültige Absage des Ungarn. Für den Posten des ungarischen Halbrechten Zsengeller wurde am Donnerstag der Wiener Hahnemann (Admira) angefordert, Schmaus (Vienna) wurde als Ersatzverteidiger aufgestellt. Mit Kupfer, Kitzinger, Raftl, Hahnemann und Schmaus stehen also nun fünf Deutsche unter sechzehn Spielern in der engeren Wahl für den großen Fußballkampf Kontinent—England am 26. Oktober in London, und nur der Weltmeister Italien erreicht mit sechs Spielern ein größeres Aufgebot.

Der Boxer Tommy Farr disqualifiziert.

Der englische Schwergewichtsboxer Tommy Farr, einer der wenigen Boxer, die Joe Louis erst nach 15 Runden und nach Punkten erlagen, ist disqualifiziert worden. Die Maßnahme erfolgte, weil er im Jahre 1937 gegen Schmeling kämpfen sollte und seinen Vertrag nicht eingehalten hat. Die Disqualifikation, die von der englischen Box-Sportbehörde ausgesprochen wurde, wird möglicherweise von dem amerikanischen Boxsportverband anerkannt werden.

Klemm-Leichtflugzeug erreichte 8350 Meter Höhe.

Die Klemm-Flugzeugbau-Werke in Böblingen konnten ihren Mitte September aufgestellten fünf Weltrekorden einen weiteren internationalen Höhenrekord zufügen. Chefpilot Kalkstein startete am Dienstag mit dem Leichtflugzeug Klemm Kl 35 B zu einem Fluge bei dem er die erstaunliche Höhe von 8350 Metern erreichte. Der Hirth-Motor HM 506 mit 160 PS hat sich hier glänzend bewährt. Der Erfolg wurde bei der FAJ als internationaler Rekord der Leichtflugzeugklasse bis zu 6,5 Liter Zylinderinhalt angemeldet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß der internationale Rekord in dieser Klasse, den bisher Frankreich innehatte, um annähernd 1000 Meter überboten wurde, so erscheint die von dem Flugzeug erzielte Leistung um so beachtenswerter. Ein weiterer internationaler Rekord ist somit in den Besitz der deutschen Luftfahrt gelangt.

Briefkasten der „Deutschen Rundschau“.

J. Z. Sie haben an sich zu viel gezahlt, denn nach den Normen des Mieterschutzgesetzes hätten Sie monatlich nur 153,75 Złoty zu zahlen brauchen, und in der ersten Zeit nach Inkrafttreten des Mieterschutzgesetzes noch weniger, da die Höchstmiete nach Erlaß des Gesetzes nicht sofort voll in Kraft trat, sondern in gewissen Etappen, die nach Größe und Art der gemieteten Räume gestaffelt wurden. Sodann wurde im Jahre 1935 durch Dekret die Grundmiete von Räumen, die dem Mieterschutzgesetz unterlagen, um 15 resp. 10 Prozent herabgesetzt, und zwar mit Wirkung vom 1. Dezember 1935. Das alles sind wichtige Momente, die auf die Gestaltung Ihrer Miete zu Ihren Gunsten einwirkten. Ob Sie aber berechtigt sind, das Zuvielgezahlte zurückzuverlangen, erscheint uns sehr fraglich. Wenn Sie es freiwillig zahlten, können Sie nichts zurückverlangen. Wie viel Sie zu viel gezahlt haben, können wir nicht feststellen, da wir Ihr Geschäft und Ihre Wohnräume nicht kennen, also auch nicht wissen, wann für Sie vor länger als zehn Jahren die volle Miete fällig war, und in welcher Weise die Mietsherabsetzung von 1935 auf Ihre Miete einwirkte. Wir wissen auch nicht, ob Ihre Geschäftslokale noch dem Mieterschutzgesetz unterliegen. Das hängt von Ihrem Gewerbepatent ab; wenn Ihr Gewerbepatent einer Kategorie zwischen I und VI angehört, dann unterliegen die Räume nicht mehr dem Mieterschutzgesetz, und Ihr Hauswirt kann Ihnen die Rämue jederzeit kündigen. Das dürfen Sie bei eventueller weiterer Verfolgung der Sache nicht außer Acht lassen.

G. M. Die Wirtin ist zur Beschlagnahme und Aneignung des Zaunes nicht berechtigt. Im Prinzip sind zwar Gegenstände, die mit dem Grundstück fest verbunden sind, wesentliche Bestandteile desselben, d. h. sie gehören dem Eigentümer des Grundstücks. Von diesem Prinzip gibt es aber Ausnahmen; nach § 95 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs, das zum größten Teil bei uns noch in Geltung ist, gehören zu den Bestandteilen eines Grundstücks solche Sachen nicht, die in Ausübung eines Rechtes an einem fremden Grundstück von dem Berechtigten mit dem Grundstück verbunden worden sind. Das trifft auf Ihren Fall zu; Sie waren als Mieter berechtigt, diesen Zaun für einen bestimmten Zweck zu errichten; der Zaun wurde also nicht Bestandteil des Grundstücks, und die Hauseigentümerin war nicht berechtigt, ihn abzubrechen und sich anzueignen.

B. K. 100. 1. Für Ehegatten und Abkömmlinge beginnt die Erbschaftssteuer erst mit Beträgen über 10 000 Złoty. Bei Beträgen über 10 000 bis 20 000 Złoty beträgt die Steuer 0,5 Prozent und bei Beträgen von über 20 000 bis 50 000 Złoty 0,75 Prozent. 2. Von dem Nachlaß Ihres verstorbenen Mannes würden, wenn kein Testament vorhanden wäre, drei Viertel auf Ihre Tochter und ein Viertel auf Sie entfallen. Da aber ein Testament vorhanden ist, gilt das, was darin bestimmt ist. 3. Da Sie nach dem Testament das Grundstück allein erben aber nicht die einzige gesetzliche Erbin sind, brauchen Sie zur Übernahme des Grundstücks die Genehmigung des Wojewoden. 4. Ein von Ihnen errichtetes Testament hat keinen Zweck, da dadurch nichts geändert werden kann. 5. Wer ein Testament in Verwahrung hat ist verpflichtet, es unverzüglich dem Nachlaßgericht (sąd grodzki) einzureichen mit der Mitteilung, daß der Erblasser an dem und dem Tage in der Ortschaft X gestorben ist.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke (in Urlaub); verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen Edmund Przygodzki; Druck und Verlag: A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten
einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

legen war. Diese Schule war nun allerdings ebenfalls städtisch, überhand nahmen in ihr jedoch die kirchlichen Einflüsse. An der Spitze stand der rector scolae, die Schüler wurden bei Kirchenfeierlichkeiten zum Singen von Psalmen angehalten. — Es sei hier eingeflochten, daß die Dom- und Klosterschulen vorzüglich der Ausbildung der Kleriker dienten — von ihnen wird späterhin noch die Rede sein — während die Pfarrschulen ihre Pforten allen Schulbeflissenen öffneten. Der Lehrplan der Schule forderte: 1. Kenntnis der Psalmen, 2. des Alphabets, 3. des Kirchengesangs, 4. des kirchlichen Rechnens, 5. der lateinischen Grammatik. Bereits hieraus wird ersichtlich, daß die Pfarrkirche vornehmlich auf das Wohl kirchlicher Interessen bedacht waren. Schon die Synode von Łęczyca (1257) hatte die Mission der Parochialschulen daß „mit ihrer Hilfe der Glanz der Kirche und die Ehre Gottes gehoben werden solle“ als eine Aufgabe bezeichnet, die dem aufstrebenden Bürgerstande allein nicht genügen konnte. Es ist dabei klar, daß der Zudrang deutscher Lehrer in diesen Schulen gehemmt werden mußte, zumal ja nach den schon erwähnten Sprachenbestimmungen der Eintritt allen denen verboten sein sollte, die einen der polnischen Sprache nicht mächtigen Lehrer an der Parochialschule dulden würden. Man kann deshalb wohl auch sagen,

daß wir es hier bereits mit einer Schule zu tun haben, in der die lateinische sowie polnische Sprache vorherrschten, obgleich gerade letztere für den Lehrunterricht allgemein gebraucht wurde.

Über den Verlauf der Schulen geben uns die Visitationsberichte einigermaßen Auskunft. In einem Bericht des Bischofs Karnkowski vom Jahre 1577 lesen wir, daß die Bromberger Pfarrschule gut geführt wäre.[1]) Der Lehrer sei ein umsichtiger Mann, Nachlässigkeiten wurden nicht festgestellt. Ein weiterer Bericht vom Jahre 1582 besagt, daß die Schule von 150 Knaben besucht werde. Der Lehrer wird ebenfalls als gebildeter Mann bezeichnet, der seine Schüler gut im Canisius (griechisch-lateinischer Katechismus) sowie jeglichen Künsten unterrichte. Er beziehe kein festes Gehalt, außer acht Floren, die ihm die Bürger beisteuerten. Interessant ist hier der Hinweis, daß die Schüler an Fest- und Feiertagen nach dem Gottesdienst durch die Stadt eilen und die Tische mit Weihwasser besprengen, womit sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen. (Es handelt sich wahrscheinlich um Theologiestudenten!) Von dem rector scolae sei erwähnt, daß er außer dem vierteljährlichen Schulgeld noch freie Wohnung und freies Brennholz bezog. Dabei stellen aber auch die Begräbniseinnahmen eine nicht zu unterschätzende Quelle dar. Bei der Bestattung wohlhabender Bürger folgte er an der Spitze seiner Schüler dem Sarge und erhielt dafür für jeden Schüler einige Solidos. — Es muß hier vermerkt werden, daß die Bromberger Schule damals recht gute Unterrichtskräfte gehabt haben muß, wenn man bedenkt, daß Bromberger nach deren Beendigung die Hochschulen in Wittenberg, Leipzig usw. bezogen. Von diesen einstigen Pfarrschulstudenten und späteren Akademikern finden wir etliche später als hohe Würdenträger in der Brahestadt wieder.[2])

Im Jahre 1595 erfahren wir, daß die scola wiederhergestellt und die Schulzimmer in Ordnung gebracht seien. Der Lehrer sei fleißig und bescheiden und erfülle seine Pflicht bei der Erziehung der Jugend. Er habe viele Schüler. Weiter heißt es, daß der Rektor aus dem Stadtsäckel 12 Floren erhalte, wovon er 4 Floren dem Kantor auszahle, den er selbst anstelle. Letzterer erhalte noch für das Kreuztragen bei Begräbnissen 10 Solidos.

In der Zeit bis 1679 bringen die Berichte nur Unwesentliches zur Sache. Erst in diesem Jahre erfahren wir wieder Näheres über die Schule und insbesondere auch über die natio germanica.[3]) Es heißt da:

„Damit aber die Jugend der Deutschen Nation in den freien Künsten geübt wird (Rhethorik, Philosophie, Logik) und daß auch die polnischen Knaben die deutsche Sprache leichter erlernen, gestatten wir den Bürgern deutscher Nationalität die Bestellung eines römisch-katholischen Lehrers derselben Sprache, der die Jugend in der Pfarrschule zu Bromberg in einem Raum, der zu diesem Zweck vorbereitet ist, in deutscher Sprache und Literatur unterrichten, bei allen Prozessionen anwesend sein und die Meßdienste durch die Knaben besorgen lassen wird . . .“

Das ist uns außerordentlich interessant, erfahren wir doch, daß die Deutschen recht zahlreich in der Brahestadt vertreten sein mußten und wenn man hinzunimmt, daß ihnen in diesem Jahr auch die St. Aegidienkirche zwecks Abhaltung der Andacht in deutscher Sprache übereignet wurde, so widerlegt das am besten die heute verbreitete These von der hundertprozentig polnischen Einwohnerschaft Brombergs.[4])

Der Visitationsbericht vom Jahre 1699 enthält den Hinweis, daß die Schule am Friedhof neben den Wohnräumen der Vikare untergebracht war (der Friedhof bestand bis zur preußischen Zeit an der Pfarrkirche und war bis dahin mit einem Bretterzaun umgeben). Das Gebäude „neige bereits zur Ruine!“ „Damit es nicht vollständig verfalle, müsse der Magistrat für die Erneuerung desselben sorgen, übrigens soll der Rektor besoldet werden.“ Nach der Eröffnung der Jesuitenschule scheint es demnach bergab mit der Pfarrschule gegangen zu sein, die Zustände waren nicht gerade berückend. Später heißt es dann anklagend, daß in der Schule eine regelrechte Viehzucht eingerichtet und die Räume völlig verfallen seien. Das scheint das Ende dieser scolae parochialis gewesen zu sein. Man hört nichts weiter von ihr; sie ist endgültig von der Bildfläche verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Doc. Eccles. civit. Bidg. — Berlin 1918.
[2]) Theso Stein — Deutschtum und Reformation in Bromberg. Deutsche Wiss. Zschft. 1937 Heft 33.
[3]) Doc. Eccles. civit. Bidg. — Berlin 1918.
[4]) Theso Stein — Das Deutschtum Brombergs — Deutsche Rundschau Nr. 177/38.

Wirtschaftliche Rundschau.

Appell der Internationalen Handelskammer für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer, der am Freitag unter dem Vorsitz von Thomas J. Watson in Paris zusammentrat, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der den Staatsmännern, durch deren entschlossenes Handeln der Krieg vermieden worden ist, tiefe Dankbarheit zum Ausdruck gebracht wird. Die Möglichkeit einer umfassenden Regelung sei heute vorhanden. Sie dürfe nicht ungenutzt vorüber gehen.

Zur Herbeiführung dieser Regelung genüge es nicht, die politischen Probleme zu lösen, es sei notwendig, auch die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen in Angriff zu nehmen. Die Internationale Handelskammer richtet daher an die Regierungen und im besonderen an diejenigen der führenden Wirtschaftsmächte den Appell, unverzüglich eine **Politik freundschaftlicher Zusammenarbeit** auf wirtschaftlichem Gebiet einzuleiten. Nur allmählich werde es zwar möglich sein, die Methoden zu entwickeln, die diese Zusammenarbeit wirksam machen. Daher sei es zur Beseitigung der Atmosphäre des Mißtrauens und der Furcht vor allem notwendig, daß die Wirtschaftsmächte ihre feste Entschlossenheit und Bereitschaft zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen einhellig zum Ausdruck brachten. Eine fortschreitende Zusammenarbeit, so wird erklärt, ist möglich trotz unterschiedlicher Ideen und Meinungen.

Den Beratungen, die zu diesem Entschluß führten, wohnten Vertreter von Industrie, Handel und Finanz aus 23 Ländern bei. Deutsche Vertreter waren: der Ehrenpräsident der Internationalen Handelskammer, Frowein, der Vizepräsident der Internationalen Handelskammer, Dr. Otto Christian Fischer, Karl Lindemann, Dr. Karl Lüer, Dr. Ernst Trendelenburg, Kurt Freiherr von Schröder, A. Pietzsch, Dr. F. Haerecke, Dr. G. Riedberg, sowie Clemens Lammers.

Die Entschließung wurde dem Verwaltungsrat von Dr. Fentener van Vlissingen, den Präsidenten des Ausschusses für Ausweitung des Güteraustausches der Internationalen Handelskammer vorgelegt. Hierbei betonte Dr. Fentener van Vlissingen, daß eine Regelung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme nur allmählich erfolgen könne. Es sei zwecklos, ein ausführliches Programm aufzustellen, und die Regierungen aufzufordern, es in seiner Gesamtheit durchzuführen. Hierin liege der Grund für den Mißerfolg aller bisherigen Versuche einer Zusammenarbeit. Die dringendste Aufgabe bestehe darin, die geeignetste Atmosphäre zur Förderung der Bemühungen um eine dauernde Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern zu schaffen. Er sei überzeugt, daß ein gemeinsames Vorgehen der führenden Wirtschaftsmächte und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit wesentlich zur Schaffung dieser Atmosphäre und zur Wiederherstellung des Vertrauens beitragen würde.

Die chemische Industrie des Olsagebietes.

In der Vorstandssitzung des Verbandes der chemischen Industrie Polens erstattete der Vorsitzende des Verbandes, Dipl.-Ing. Wojnar, einen Bericht über die Lage der chemischen Industrie des Olsagebietes. Nach seinen Ausführungen haben die fünf Kokereien des Olsagebietes im Jahre 1937 etwa 50 000 To. Teer, 15 000 To. Benzol und 13 000 To. Schwefelammonium erzeugt, eine Menge, die 40 Prozent der Produktion der neun Kokereien Ostoberschlesiens entspricht. In Karwin befinden sich zwei Brikettfabriken, die zusammen 100 000 To. jährlich erzeugen. Die gräflich Larischen Werke in Petrowitz, welche 200 Arbeiter beschäftigen, haben seinerzeit Soda nach der Methode Leblanc erzeugt. Zurzeit produzieren sie andere Chemikalien, und zwar Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, Eisen- und Kupfervitriol, Alaun, Salmiak, Kunstdüngemittel, besonders Superphosphate u. a. m. Die chemischen Werke A. G. in Oderberg beschäftigen 300 Arbeiter und produzieren Erzeugnisse der organischen und anorganischen Chemie, und zwar Sacharin, Glyzerophosphat, pharmazeutische und veterinäre Präparate, Pflanzenschutzmittel, chemisch reine Metallsalze, Zinkweiß, Salmiak, Leim und Isolierstoffe. Die Firma Weinreb & Co. in Oderberg beschäftigt 35 Arbeiter und erzeugt technische Fette, Schmiermittel, Asphalt, Brauereipech und raffiniert Terpentin. Überdies bestehen im Olsagebiet mehrere kleinere Betriebe, welche Seifen, Fette, Schmiermittel und kosmetische Erzeugnisse herstellen. Von dieser Produktion gelangten zur Ausfuhr Sacharin, Brauereipech, Salzsäure u. a. Die chemische Industrie Polens hat durch den Anschluß des Olsagebietes eine bedeutende Stärkung erfahren, andererseits wird dieses Gebiet Abnehmer verschiedener, von der polnischen chemischen Industrie produzierten Erzeugnisse werden.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vom 1. Juli 1938 voll in Kraft.

Durch Verordnung des Polnischen Staatspräsidenten vom 5. August 1938 ist das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen vom 1. Juli 1938, mit Ausnahme einiger Bestimmungen, vorläufig in Kraft gesetzt worden. Durch die im polnischen Staatsgesetzblatt Nr. 81 veröffentlichte Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. Oktober d. J. werden auch die Bestimmungen der Position 20 des deutschen Zolltarifs der Vertragsanlage A und die des Artikels 17 des Verrechnungsabkommens vorläufig in Kraft gesetzt. Die Verordnung gilt rückwirkend vom 1. Oktober 1938.

Einführung der staatlichen Butterkontrolle in Polen.

Durch eine Verordnung des polnischen Landwirtschaftsministers ist ein staatlicher Prüfungsausschuß für Butter und Käse in Polen eingesetzt worden. Dieser Ausschuß wird nach festgesetzten Normen die Prüfung der in den Molkereien erzeugten Butter- und Käsesorten vornehmen. Zur Prüfung werden vereidigte Sachverständige oder besondere Beauftragte eingesetzt.

Wie bereits gemeldet, plant die Polnische Regierung die Einführung von Standard-Normen für die einzelnen zur Ausfuhr gelangenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse, und zwar sowohl der Bodenprodukte, wie auch der tierischen Erzeugnisse.

Leipziger Frühjahrsmesse 1939 vom 5. bis 13. März.

Die weltbekannte Leipziger Frühjahrsmesse 1939 bringt in 23 Meßpalästen die Mustermesse und in 20 Riesenhallen auf dem Ausstellungsgelände am Völkerschlachtdenkmal die Große Technische Messe und die Baumesse. Die Mustermesse dauert vom 5. bis 10. März, die Große Technische Messe vom 5. bis 13. März. Die vergangene Frühjahrsmesse war von rund 10 000 Ausstellern aus 32 Ländern beschickt und wurde von 304 000 geschäftlichen Interessenten, darunter 36 000 Kaufleuten aus nichtdeutschen Ländern, besucht.

Firmennachrichten.

v **Graudenz** (Grudziądz). Zwangsversteigerung des in Stary Folwark belegenen und im Grundbuch Stary Folwark, Blatt 18, Inh. Alojzy Rujner, eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks, 10,46,30 Hektar Ackerland mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, am 16. November 1938, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 22. Schätzungspreis 14 650 Zloty, Bietungspreis 10 987,50 Zloty.

v **Schöneck** (Skarszewy). Zwangsversteigerung des in Liniewo in der Gromade Zlownica belegenen und im Grundbuch Skarszewy Zlownica, Band 1, Blatt 4, Inh. Malgorzata Cierocka, eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks, 17,26,02 Hektar (mit Gebäuden), am 28. November 1938, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 11. Schätzungspreis 19 000 Zloty, Bietungspreis 14 250 Zloty.

v **Mewe** (Gniew). Zwangsversteigerung des in Tymawa belegenen und im Grundbuch Tymawa, Band 6, Blatt 110 Inh. Felicja Paczkowska, eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks, 35,23,78 Hektar mit Gebäuden, am 16. November 1938, 11 Uhr, im Burggericht. Schätzungspreis 49 106 Zloty, Bietungspreis 36 629,50 Zloty.

Der Zug ins Neuland.

Die Binnenwanderung verschiebt Deutschlands industrielle Struktur.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Sechs Jahre eines fortlaufenden Wirtschaftsaufschwungs liegen in wenigen Monaten hinter uns. Sie haben tiefe Spuren im Antlitz der deutschen Landschaft zurückgelassen. Wer heute durch Städte und Ortschaften reist und sich in allen Gauen des Reiches umsieht, der erkennt sie vielfach kaum mehr wieder, so sehr hat der lebhafte Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens sie verwandelt. Es kann ganz davon abgesehen werden, daß die Schornsteine wieder rauchen und keine Hand mehr ruht, keine Arbeitskraft mehr brach liegt. Gerade diese ungeheure Ankurbelung der Erzeugung hat die Verwandlung der wirtschaftlichen Struktur des Deutschen Staates in erster Linie zuwege gebracht. Wie groß die Veränderung ist, die im Wirtschaftsleben, vor allem in der Verschiebung der industriellen Standorte Platz gegriffen hat, das erweist ein Vergleich der gegenwärtigen Lage mit den Verhältnissen von 1929, dem Jahre der letzten Hochkonjunktur, mit der höchsten wirtschaftlichen Produktivität.

Die Ergebnisse eines solchen Vergleiches werden durch die Betrachtung der Binnenwanderung zwischen den deutschen Gauen und den Klein- und Großstädten bestätigt. Die Angaben, die der deutsche Gemeindetag über

die Wanderungsbilanz aller deutschen Städte

mit über 10 000 Einwohnern in den Jahren 1935, 1936 und 1937 dem Institut für Konjunkturforschung zur Verfügung stellte, geben gerade für eine Untersuchung der in den letzten Jahren Platz greifenden Standortverschiebungen eine aufschlußreiche Grundlage ab. Was jedermann auf Reisen durch deutsche Gaue feststellen kann, daß nämlich der prozentuale Anteil an der deutschen Gesamtproduktion sich in den deutschen Gauen ungleichmäßig entwickelt hat, daß weiter die neuen Arbeitsstätten kleinere Städte mit weniger als 50 000 Einwohnern den Großstädten zwischen 100 000 und einer Million Einwohnern vorziehen, das findet in den Veröffentlichungen über die Binnenwanderung seine statistische Bestätigung.

Es ist ein altes Gesetz, daß die Arbeitskräfte aus Bezirken mit geringerem Bedarf und mit geringeren Verdienstmöglichkeiten in jene Bezirke abwandern, in denen neue Produktionsstätten errichtet worden sind. Man kann deshalb den Wanderungsverlust gewisser Städte und Gaue und den Wanderungsgewinn anderer Bezirke als symptomatisch für die ungleichmäßige Entwicklung der Anteile deutscher Provinzen an der wirtschaftlichen Wiederbelebung ansprechen. Das bedeutet nicht, daß mehr oder weniger nicht jeder Bezirk am Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens teilgehabt hat. Im Gegenteil,

es gibt kaum eine Stadt, kaum einen Gau, der in den vergangenen sechs Jahren sich nicht unvergleichbar wirtschaftlich gekräftigt hat,

in dem die Zahl der Erwerbslosen auf ein kaum noch zu unterbietendes Mindestmaß herabsank. Trotzdem ist es selbstverständlich, daß die besonderen Impulse des wirtschaftlichen Auftriebs, der Vierjahresplan, die Aufrüstung, der Aufschwung bestimmter Industriezweige, wie der Auto-, der Elektro- oder der Eisen-Industrie, sich auch in der Verteilung der neuen Unternehmungen wie bei der Errichtung von Erweiterungsanlagen auswirken mußten. Diese Auswirkung wurde durch die Lenkung und Planung des Aufschwungs, durch weltanschauliche wie wehrwirtschaftliche Beweggründe stets gefördert.

Die in den Schriften des Deutschen Instituts für Konjunkturforschung enthaltenen Angaben über die Wanderungsgewinne oder Verluste der einzelnen Gemeinden sprechen eine deutliche Sprache. Die Angaben betreffen lediglich Zuzug und Wegzug von Einwohnern auf Grund der polizeilichen An- und Abmeldungen. Die Geburten- und Sterbefälle in den Gemeinden selbst wie die Anhäufung von Menschen in den Kasernen der Wehrmacht und in den Lagern des Reichsarbeitsdienstes sind bei der statistischen Durcharbeitung absichtlich nicht berücksichtigt worden. Nach diesen Angaben buchten in den drei Berichtsjahren Gemeinden und Städte zwischen 10- und 50 000 Einwohnern einen rund dreieinhalbfach so großen Wanderungsgewinn wie die Städte zwischen 50- und 500 000 Einwohnern. Die Städte mit über 500 000 Einwohnern dagegen erlitten einen Wanderungsverlust, der etwa dem Gewinn der Städte zwischen 50- und 500 000 Bewohnern entspricht. Das Ergebnis gestaltet sich noch ungünstiger für die größten Städte des Reiches, wenn man Berlin und München ausscheidet die aus staatspolitischen Erwägungen heraus, der allgemeinen Tendenz widersprechend, Arbeitskräfte anzogen und Wanderungsgewinne aufweisen.

Die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke weisen gleichfalls unterschiedliche Bilanzen der Binnenwanderung auf. Auf je 1000 Einwohner kommt auf Mitteldeutschland ein Zuzug von 34,1 Personen, auf Niedersachsen von 32,8, auf Ostpreußen von 26,3, auf Brandenburg von 19,6, auf Bayern von 18,3, auf Pommern von 16,3, auf Nordmark von 15,3, auf Südwestdeutschland von 14,1. In Hessen dagegen kommt ein Wanderungsverlust von 1,0 auf je 1000 Bewohner, im Rheinland ein entsprechender Verlust von 10,6, in Sachsen von 13,9, in Westfalen von 19,0, in Schlesien von 22,5. Eine noch genauere Aufgliederung dieser Binnenwanderungsergebnisse zeigt allerdings,

daß auch die Entwicklung in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken nicht einheitlich verläuft.

In Rheinland und Westfalen haben beispielsweise die Standorte der Kohlenförderung im nördlichen Ruhrgebiet Menschen verloren, die Standorte der Eisenherstellung im südlichen Teil des Industriegebiets buchten dagegen beträchtliche Gewinne. Umgekehrt bucht zwar die Nordmark im Ganzen einen nennenswerten Wanderungsgewinn, Hamburg dagegen weist eine der Tendenz entgegengesetzte Entwicklung auf. Es hat infolge der Veränderungen des Außenhandels Menschen abgegeben.

Die statistischen Angaben bestätigen auf alle Fälle den Eindruck, den die Öffentlichkeit von der Verschiebung der industriellen Produktionsstätten schon seit einiger Zeit besitzt. Nord- und Mitteldeutschland sind zu neuen Zentren des industriellen Lebens geworden. Die Grenzgebiete dagegen haben nicht in gleicher Stärke an dem allgemeinen Aufschwung teilgenommen. Aus ihnen sind Menschen fortgezogen, in jenes Neuland gezogen, das sich im Norden und in der Mitte des Reiches ausbreitete und in dem heute die neuen Industriegebiete Deutschlands wachsen. Niemand vermag allerdings die Zukunft der industriellen Standortverschiebung voraussagen. Niemand weiß heute, nach den großartigen politischen Umwälzungen in Europa, nach der Angliederung neuer deutscher Gaue ans Reich, ob die zukünftige Entwicklung der vergangenen entsprechen wird. Die schlesischen und sächsischen Gaue werden unzweifelhaft aus der Heimkehr des Sudetenlandes neue Antriebe für ihr Wirtschaftsleben beziehen. Und welchen Einfluß der Einbau der Ostmark auf Süd- und Südwestdeutschlands Wirtschaftsleben ausübt, das kann ebenfalls erst in einigen Jahren übersehen werden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 24. Oktober auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 4½%, der Lombardsatz 5½%.

Berlin, 22. Oktober. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,495—2,499, London 11,865—11,895, Holland 135,52—135,80, Norwegen 59,63 bis 59,75, Schweden 61,12—61,24, Belgien 42,11—42,19, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 6,643—6,657, Schweiz 56,58—56,70, Prag 8,591 bis 8,609, Danzig 47,00—47,10, Warschau —,—.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 amerikanischer Dollar 5,29 Zl., dto. kanadischer 5,22 Zl., 1 Pfd. Sterling 25,20 Zl., 100 Schweizer Frank 120,25 Zl., 100 französische Frank 14,08 Zl., 100 deutsche Reichsmark in Papier 87,00 Zl., in Silber 89,00 Zl., in Gold fest —,— Zl., 100 Danziger Gulden 99,75 Zl., 100 tschech. Kronen 10,40 Zl., holländischer Gulden 288,70 Zl., belgisch Belgas 89,75 Zl., ital. Lire 19,40 Zl.

Effektenbörse.

Warschauer Effekten-Börse vom 22. Oktober.

Festverzinsliche Wertpapiere: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 83,75, 3prozentige Präm.-Inv.-Anleihe I. Em. 93.50, 4prozentige Präm.-Inv.-Anl. II. Em. —, 3prozentige Präm.-Inv.-Anl. II. Em. 84.75, 4prozentige Dollar-Präm.-Anleihe Serie III 43,00, 4prozentige Konsolid.-Anleihe 1936 68,00, 5prozentige Staatliche Konv.-Anleihe 1924 —, 4½prozentige Staatliche Inn.-Anleihe 1937 66,00, 7prozentige Pfandbr. der Staatl. Bank Rolny 83,25, 8proz. Pfandbriefe d. Staatl. Bank Rolny 94, 7proz. L. Z. d. Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 83,25, 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83,25, 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 5½proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. und IIIN. Em. 81, 8prozentige L. Z. Tow. Kred. Przem. Polsk. —, 4½prozentige L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau Serie V 64,00, 5prozentige L. Z. Tow. Kr. der Stadt Petrikau 1933 —, 5prozentige L. Z. T. Kr. der Stadt Warschau 1933 74,00—74.25, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Lodz 1933 —, 6prozentige Konv.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 —, 5proz. L. Z. Tow. Kr. d. Stadt Radom 1933 —.

Bank Polski-Aktien 126,00, Lilpop-Aktien —, Zyrardów-Aktien 60,00

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:

Weizen (mahlfähig)	19 00—19.50	blauer Mohn	60.00—65.00
Roggen (mahlfähig)	13.50—14.00	blaue Lupinen	—.—
Braugerste	16.00—17.00	gelbe Lupinen	—.—
Gerste 700-720 g/l.	14.75—15.25	Serradelle	—.—
Gerste 673-678 g/l.	14.00—14.50	Weißklee	—.—
Gerste 638-650 g/l.	—.—	Rotklee, roh	—.—
Wintergerste	—.—	Rotklee, 95-97% ger.	—.—
Hafer I 480 g/l.	15 10—15.50	Inkarnatklee	—.—
Hafer II 450 g/l.	14.50—15.00	Senf	33.00—35.00
Weizenmehl		Peluschken	—.—
„ I 0-30%	37.00—39.00	Viktoria-Erbsen	25.00—27.00
„ 0-50%	34.25—36.75	Folger-Erbsen	24.50—26.50
„ Ia 0-65%	31.50—34.00	Weizenstroh, lose	1 50—1.75
„ II 30-65%	26.50—29 00	Weizenstroh, gepr.	2.25—2.75
„ II a 50-65%	—.—	Roggenstroh, lose	1.75—2.25
„ III 65-70%	—.—	Roggenstroh, gepr.	2.75—3.00
Roggenmehl		Haferstroh, lose	1.50—1.75
I 0-50%	24.75—26.00	Haferstroh, gepreßt	2.25—2.50
„ I 0-65%	22.50—24.00	Gerstenstroh, lose	1.50—1.75
„ II 50-65%	—.—	Gerstenstroh, gepr.	2.25—2.50
Kartoffelmehl		Heu, lose (neu)	5.00—5.50
„Superior"	28.50—32 50	gepreßt	6.00—6.50
Weizenkleie (grob)	10.75—11.25	Netzeheu, lose (neu)	5.50—6.00
Weizenkleie, mittelg.	9.25—10.25	gepreßt	6.50—7.00
Roggenkleie	9.00—10.00	Leinkuchen	20.00—21.00
Gerstenkleie	9.75—10.75	Rapskuchen	12.75—13.75
Winterwicke	—.—	Sonnenblumenkuchen 42—43%	—.—
Winterraps	41.50—42.50	Sojaschrot	—.—
Sommerraps	38.50—39.50		
Leinsamen	48.00—51.00	Fabrikkart. p. kg%	17—17½ gr

Gesamtumsatz 2850 to, davon 360 to Roggen, 625 to Weizen 430 to Gerste, 46 Hafer, 613 to Mühlenprodukte, 200 to Sämereien, 582 to Futtermittel. Tendenz bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mühlenprodukten, Sämereien und Futtermitteln ruhig.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 24. Oktober. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit, Weizen I 748 g/l. (127,1 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit, Weizen II 726 g/l. (123 f. h.) zulässig 6% Unreinigkeit, Hafer 460 g/l. (76,7 f. h.) zulässig 5% Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht und ohne Unreinigkeit, Gerste 673-678 g/l. (114,1-115,1 f. h.) zulässig 2% Unreinigkeit, Gerste 644-650 g/l. (109-110.1 f. h.) zulässig 4% Unreinigkeit

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Gerstenkleie	10.25—10.75
Weizen	19.00—19.50	Gerstengrütze, fein	25.00—26.00
Braugerste	16.00—16.50	Gerstengrütze, mittl.	25.00—26.00
a) Gerste 673-678 g/l.	14.75—15.00	Perlgerstengrütze	35.50—37.00
b) Gerste 644-650 g/l.	14.25—14.50	Peluschken	19 00—20.00
Hafer	15.25—15.50	Viktoria-Erbsen	25.00—29.00
Roggenmehl 0-82%	—.—	Folger-Erbsen	22.00—25.00
„ I 0-65% m. Sack	23.50—24.50	Sommerwicken	18.00—19.00
„ 0-70%	22.50—23.00	blauer Mohn	60.00—63.00
(ausschl. f. Freistaat Danzig)		Senf	33.00—36.00
Roggennachm. 0-95%	19.50—20.50	Leinsamen	47.00—49 00
Weizenmehl m. Sack		Raps	41.00—42.00
„ Export f. Danzig	—.—	Winterrübsen	38.50—39.50
„ I 0-30%	38.00—39.00	Sojaschrot	23.25—23.50
„ I 0-50%	35.00—36.00	Leinkuchen	21.50—22.00
„ I A 0-65%	32.50—33.50	Rapskuchen	13.25—14.00
Weizenschrotnachmehl 0-95%	26.00—27.00	Speisekartoffeln	3 75—4.25
		Fabrikkartoff. p. kg%	17½-18 gr
Roggenkleie	9.50—10.25	Roggenstroh, lose	3.00—3.50
Weizenkleie, fein	10.50—11.00	Roggenstroh, gepr.	3.50—4.00
Weizenkleie, mittelg.	11.00—11.50	Netzeheu, lose (neu)	5.50—6.00
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	Netzeheu, gepr. (neu)	6.25—6.75

Tendenz: Bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Weizenmehl, Roggenmehl, Roggenkleie, Weizenkleie, Gerstenkleie, Hülsenfrüchten und Futtermitteln ruhig.

Abschlüsse zu anderen Bedingungen:

Roggen	292 to	Gerstenkleie	— to	Hafer	187 to
Weizen	202 to	Speisekartoff.	105 to	Bohnen	— to
Braugerste	— to	Fabrikkartoff.	150 to	Roggenstroh	— to
a) Einheitsgerste	244 to	Saatkartoffeln	— to	Weizenstroh	— to
b) Winter- „	— to	Kartoffelflock.	— to	Haferstroh	— to
c) Gerste	— to	Mohn, blau	— to	gelbe Lupinen	— to
Roggenmehl	74 to	Netzeheu, gepr.	— to	blaue Lupinen	— to
Weizenmehl	63 to	Heu	30 to	Wicken	— to
Viktoria-Erbs.	10 to	Leinkuchen	— to	Peluschken	— to
Folger-Erbsen	— to	Rapskuchen	— to	Leinsamen	—
Feld-Erbsen	— to	Raps	35 to	Sonnenblumenkuchen	— to
Roggenkleie	100 to	Serradelle	— to		
Weizenkleie	105 to	Buchweizen	— to	Rotklee	— to

Gesamtangebot 1639 to.

Warschau, 22. Oktober. Getreide-, Mehl- und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsweizen 748 g/l. 20,50—21,00, Sammelweizen 737 g/l. 20,00—20,50, Roggen I 693 g/l. 14,50—15,00, Hafer I 460 g/l. 15,75—16,50, Hafer II 15,00—15,50, Braugerste 678-684 g/l. 17,75—18,25, Gerste 673-678 g/l. 15,25—15,75, Gerste 649 g/l. 15,00—15,25, Gerste 620,5 g/l. 14,75—15,00, Speise-Felderbsen 24,50—26,50, Viktoria-Erbsen 28.50—30,50, Folger-Erbsen 27,00—29,00, Sommerwick. 17,50—18,00, Peluschken —, Serradelle 95% gereinigt —,—, blaue Lupinen 10,00—10.50, gelbe Lupinen —,—, Winterraps 43,50—44,00, Sommerraps 40,50—41,50, Winterrübsen 41,50—42,50, Sommerrübsen —,—, Leinsamen 47,50—48,50, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 70—80, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% ger. 90—95, roh. Weißklee 250,00—270,00, Weißklee ohne Flachsseide bis 97% ger. 280,00—300,00, Inkarnatklee —,—, blauer Mohn 66,00—68,00, Senf mit Sack —,—, Weizenmehl 0-30% 39,50—42,50, 0-50% 36,00—39,00, 0-65% 34,50—36,00, II 30-65% 30,50—32,50, II a 50-65% 25,50—26,50, III 65-70% 19,50 bis 21,50, Weizen-Futtermehl 16,00—17,00, Weizen-Nachmehl 0-95% —,—, Roggenmehl I 0-50% 25,25—26,00, Roggenmehl 0-65% 23,50 bis 24,25, Roggenmehl II 50-65% 15,00—15,50, Roggen-Nachmehl 0-95% 19,00—19,50, Kartoffelmehl „Superior" 31,50—32,50, grobe Weizenkleie 10,75—11.25, mittelgrob 10.00—10,50, fein 10 00—10,50, Roggenkleie 0-70% 8,50—9,00, Gerstenkleie 9,00—9.50, Leinkuchen 19,50—20,00, Rapskuchen 12,75—13,25, Sonnenblumenkuchen —,— bis —,—, Soja-Schrot 23,25—23,75, Speise-Kartoffeln 3,50—4,00, Fabrikkartoffeln Basis 18% —,—, Roggenstroh, gepreßt 4,75—5,25, Roggenstroh, lose (in Bündel) 5,25—5,75, Heu I, gepreßt 7,50—8,00, Heu II, gepreßt 6,25—6,75.

Umsätze 1399 to, davon 290 to Roggen, 19 to Weizen, 40 to Gerste, 265 to Hafer, 135 to Weizenmehl, 126 to Roggenmehl.

Tendenz: Bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.